

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Vorbemerkungen</b> .....	1
<b>2. Staatliche Rahmenbedingungen</b> .....	6
2.1 Sozialstaat und Sozialpolitik.....	6
2.2 Sozialpolitik und Soziale Arbeit .....	7
<b>3. Entpolitisierung Sozialer Arbeit</b> .....	8
3.1. Entpolitisierung, Ökonomisierung und Neoliberalismus (nicht nur) in Deutschland..	8
3.2 Verhältnis von Sozialstaat, Sozialer Arbeit und Kapitalismus .....	11
3.3 Die Neue Steuerung .....	12
3.4 Kritik am bisherigen System.....	14
3.5 Agenda 2010 und der Aktivierende Staat.....	15
3.6 Aktivierender Staat und Soziale Arbeit.....	17
3.6.1 Politik des Verhaltens .....	19
3.6.2 Aktivierender Staat in der Jugendhilfe .....	20
3.7 Die schwierige allgemeine Lage der Sozialen Arbeit.....	20
3.8 Die Entpolitisierung von Fachkräften der Sozialen Arbeit und deren Übernahme der Ökonomisierung.....	21
3.9 Deprofessionalisierung.....	23
3.10 Entpolitisierung und Hochschule .....	23
3.10.1 Wissenschaft als Bindeglied .....	23
3.10.2 Die Bologna-Reformen und ökonomische Tendenzen an der Hochschule ....	24
3.10.3 Politisches Interesse von Studierenden .....	25
<b>4. Die Inhärenz des politischen Mandates in der Sozialen Arbeit und Sozialarbeitspolitik</b> .....	27
4.1 Kein politisches Mandat vs. Politisches Mandat .....	27
4.2 Gesetze und Rechtsprechung.....	29
4.3 Politisches Mandat und grundlegende Theorien Sozialer Arbeit.....	31
4.3.1 Jane Addams und Alice Salomon .....	32
4.3.2 Silvia Staub-Bernasconi .....	32
4.3.3 Hans Thiersch .....	33
4.3.4 Wolf Rainer Wendt .....	34
4.4 Mandatierung aufgrund historischer Ereignisse .....	35
4.5 Politisches Mandat durch schwache Interessen.....	36
4.6 Politik Sozialer Arbeit.....	37
4.6.1 Die vier Schritte von Politik Sozialer Arbeit .....	38
4.6.2 Sozialarbeitspolitik schon im Kleinen – Mikropolitik .....	39
4.6.3 Politik Sozialer Arbeit als Form sozialer Hilfe.....	40

4.6.4 Lobbys, Verbände und Organisationen für Politik Sozialer Arbeit .....	40
4.7 Parteilichkeit .....	41
<b>5. Was ist zu tun? – Handlungsoptionen</b> .....	<b>42</b>
5.1 Kritische Soziale Arbeit und ihre Voraussetzungen .....	42
5.2 Grundsätzliche Ablehnung der Prinzipien des Aktivierenden Staates.....	43
5.3 Träger, Netzwerke und öffentlicher Diskurs.....	44
5.4 Finanzierung .....	45
5.5 Besondere Herausforderungen an Fachkräfte in der sozialarbeiterischen Praxis...	45
5.6 Besondere Herausforderungen an die Hochschule, Lehrende, Studierende und Wissenschaft .....	46
5.6.1 Wissenschaft und Hochschule.....	46
5.6.2 Lehre und Studierende .....	47
5.7 Eine Handlungsskizze für die eher entfernte Zukunft .....	49
<b>6. Schlussbemerkungen</b> .....	<b>50</b>
<b>7. Literaturverzeichnis</b> .....	<b>56</b>

## **1. Vorbemerkungen**

„Das Private ist politisch“ (Meyer 2011), „Alles ist Kunst – alles ist politisch“ (Krieg 2019), „Politik ist überall“ (Polis e.V. 2018) und „Alles ist Politik – Politik ist alles“ (kidsweb.de 2019) – diese vier Zitate aus ganz unterschiedlichen Zeiten und Lebensbereichen sollen dieser Arbeit vorangestellt sein. Das erste entstammt der Frauenbewegung der 1970er-Jahre, das zweite ist ein Zitat des chinesischen, seit 2015 im politischen Asyl in Deutschland lebenden Künstlers und politischen Aktivisten Ai Weiwei. Hinter dem dritten Zitat verbirgt sich der Name einer Vortragsreihe des Fördervereins für Politikwissenschaften an der Universität Tübingen, die sich mit „Politik an realen und fiktionalen Orten“ (Polis e.V. 2018) auseinandersetzt und dabei höchst verschiedene Themen behandelt, etwa solch alltägliche Angelegenheiten wie ‚Einkaufen bei Amazon‘ – der Vortrag dazu fand statt unter der Überschrift: „The Real Price Of Your Amazon Orders“ (ebd.). Und dass es, wie diese Zitate aufzeigen, kaum einen Lebensbereich gibt, der nicht auf irgendeine Weise politisch bestimmt ist, wird auch auf einer Wissenswebsite für Kinder deutlich gemacht – „kidsweb.de“ fasst unter „Alles ist Politik – Politik ist alles“, dem vierten Zitat, alle Aspekte der ersten drei Zitate noch einmal zusammen.

Alles ist politisch – das trifft auch auf die Soziale Arbeit zu. Dem Verfasser dieser Arbeit ist es schon lange ein Anliegen, diese All-Gegenwart von Politik sich selbst, aber auch anderen Menschen bewusst zu machen, und er will dazu auffordern, einen genauen Blick auf politische Prozesse zu werfen und sich möglichst aktiv an ihnen zu beteiligen, auf welche Weise und in welchem Rahmen auch immer. Ob im Alltag von Studierenden oder im Alltag von Sozialarbeiter\*innen – in beiden Bereichen, in denen der Verfasser gleichermaßen zuhause ist, scheint Politik keine sonderlich hervorgehobene Rolle zu spielen, und auch sonst wird sie oftmals als nicht sonderlich wichtig wahrgenommen. Das weckt die Befürchtung, viele Vertreter\*innen könnten die politischen Hintergründe und Bedingungen der Profession nicht sehen, da das politische Mandat der Sozialen Arbeit nicht deutlich wird, und auch die immer stärker werdenden entpolitisierenden Tendenzen der letzten Jahre könnten nicht wahrgenommen, ja möglicherweise sogar begrüßt werden.

Ein Beispiel aus der Praxis zeigt einige Entwicklungslinien auf. Die ungenannt bleibende Autorin eines Beitrags, der im Sammelwerk „Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle?“ (Müller, Mührel und Birgmeier (Hg.) 2016) erschienen ist, berichtet, dass sie als Sozialarbeiterin Anfang der 2000er Jahre angefangen habe, in einer Kontakt- und Beratungsstelle eines großen sozialen Trägers zu arbeiten. Die Qualifikationsvorgaben seien damals angemessen gewesen: Für Stellen in diesem Bereich habe man entweder Sozialarbeiter\*in/Sozialpädagog\*in oder Diplompädagog\*in sein müssen, und auch für ihre Stelle habe es eine

fundierte Stellenbeschreibung und hohe Qualitätsstandards gegeben. Die Arbeit der Einrichtung sei damals professionell ausgestaltet gewesen.

Doch im Laufe der Jahre setzte eine Abwärtsbewegung ein. Die Anzahl der Berufs- und Fachfremden sei immer weiter vergrößert worden, statt Sozialarbeiter\*innen habe man Angehörige von Berufsgruppen wie Erzieher\*innen, Heilerziehungspfleger\*innen, Pflegepersonal und unerfahrene Sachbearbeiter\*innen eingestellt. Gerechtfertigt habe man diesen Schritt mit der Einführung ‚multiprofessioneller Teams‘. Diese wurden deutlich schlechter bezahlt, und auch alte Verträge von fachlich qualifizierten Mitarbeiter\*innen seien durch Verwaltungskniffe außer Kraft gesetzt worden. Kostensenkungen standen im Vordergrund: Fortan wurden Mitarbeiter\*innen nicht mehr nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes eingestellt und bezahlt, sondern nach einem ‚Haustarif‘ – zu ungünstigeren Bedingungen. Auch andere Regelungen verschlechterten sich; so wurden etwa Verträge größtenteils befristet. Mitarbeiter\*innen, die in einer Gewerkschaft aktiv waren, wurden eingeschüchtert, manche wurden degradiert, angepasste und unkritische Mitarbeiter\*innen hingegen wurden bevorzugt und machten Karriere (Anonym 2016, 124-129).

Im Lauf der Jahre erlitten viele Kolleg\*innen einen Burnout, andere ließen sich versetzen, und das Personal wechselte häufig, auch in den Leitungsstellen (ebd.).

Die anonym bleibende Sozialarbeiterin berichtet, sie habe nicht nur die mehr oder weniger berufsfremden Berufsgruppen, sondern auch immer mehr junge Sozialarbeiter\*innen nicht solidarisch, sondern vielmehr einzeln agierend erlebt. Viele hätten sich angepasst verhalten und das neoliberalisierte System sogar gut gefunden; zu dieser Entwicklung habe das verschulte Bachelor/Master-System wohl das Seine beigetragen. Selten habe sie erlebt, dass ihre Kolleg\*innen die politischen Dimensionen, die hinter diesem Arbeitssystem steckten, hinterfragt hätten. (ebd.)

Aufgrund dieser höchst negativ bewerteten Entwicklungen ruft sie Sozialarbeiter\*innen dazu auf, sich aktiv in Berufsverbände einzubringen, Probleme zu benennen und diese auch einer möglichst breiten Öffentlichkeit darzulegen.

Viele Fragen, die dieses Fallbeispiel aufwirft, werden u.a. in dieser Arbeit behandelt, und bei der Beschäftigung mit ihnen müssen auch Begleitumstände und Hintergründe beleuchtet werden. Wenn selbst professionelle Fachkräfte der Sozialen Arbeit nicht mehr in politischen Dimensionen denken, sich also eine umfassende Entpolitisierung ausbreitet, muss gefragt werden, wie es dazu kommen konnte und welche konkreten Auswirkungen das hat.

Deswegen sollen in dieser Arbeit u.a. folgende Fragen eingehend untersucht werden:

- Stimmt es, dass Soziale Arbeit sich zunehmend entpolitisiert, und falls ja, welche Gründe gibt es dafür?
- Ist das politische Mandat nicht schon grundsätzlich inhärentes Prinzip der Sozialen Arbeit? Und falls dem so sein sollte, wie sehen folgerichtig die Grundlagen einer Politik Sozialer Arbeit aus?
- Was sind mögliche Handlungsoptionen, um der Entpolitisierung entgegenzuwirken und um Soziale Arbeit wieder stärker in Richtung politischer Mandatierung zu positionieren?

Das erste Kapitel wird sich mit den staatlichen Rahmenbedingungen beschäftigen, in denen Soziale Arbeit verortet ist. Die Begriffe Sozialstaat, Sozialpolitik und Soziale Arbeit sollen erläutert und ihr Verhältnis zueinander dargestellt werden. Dieser Blick auf das System und damit die Voraussetzungen der Sozialen Arbeit erscheint wichtig, um das Weitere verstehen, diskutieren und verorten zu können.

Das zweite Kapitel zeigt auf, wie und in welcher Form es zu einer Entpolitisierung der Sozialen Arbeit kam. Der Entpolitisierung soll sich dabei zunächst über die Begrifflichkeiten des Neoliberalismus und der Ökonomisierung angenähert werden, um im Folgenden auf das Verhältnis vom Sozialstaat, von Sozialpolitik und dem Kapitalismus im Allgemeinen einzugehen. Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit werden im Anschluss betrachtet, beginnend mit der Verwaltungsveränderung – der sogenannten Neuen Steuerung –, die in den 1990er Jahren einsetzte, gefolgt von der Agenda 2010 in den 2000er Jahren und schließlich dem weiteren Ausbau des Konzepts des Aktivierenden Staates, der große Teile der Sozialen Arbeit – besonders zunächst in den Bereichen des SGB II, III und XII – veränderte und dessen Prinzipien schließlich die gesamte Soziale Arbeit durchdrangen.

Aufgezeigt werden sodann die Auswirkungen des Aktivierenden Staates auf die Soziale Arbeit in ihrer konkreten Umsetzung und die daraus resultierende schwierige Lage für die gesamte Profession mit ihren Begleiterscheinungen: die Entpolitisierung von Fachkräften, deren Übernahme der Ökonomisierung und die entpolitisierende Wirkung durch Deprofessionalisierungs-Tendenzen in der sozialarbeiterischen Praxis.

Abschließend wird ein Blick über die Praxis hinaus geworfen auf Wissenschaft, Hochschule und Lehre und die dortigen entpolitisierenden Tendenzen.

Das dritte Kapitel befasst sich mit der These, dass das politische Mandat schon in der Sozialen Arbeit angelegt und ihr inhärent ist.

Zunächst erfolgt eine kurze Auseinandersetzung mit Thesen, die sich gegen das politische Mandat der Sozialen Arbeit stellen, und solchen, die es befürworten. Sodann wird

aufgezeigt, in welchen politischen Kontexten und Gestaltungszusammenhängen sich Soziale Arbeit permanent befindet.

Im Anschluss erfolgt eine Darlegung verschiedener Rechtsnormen der Bundesrepublik Deutschland, die das politische Mandat Sozialer Arbeit untermauern, sowie einige Rechtsprechungen in diesem Zusammenhang.

Anhand von wichtigen Protagonisten der Sozialen Arbeit, deren Theorien weite Bereiche der Identität der Sozialen Arbeit bestimmen, wird die Inhärenz des politischen Mandates dargelegt, dessen historische Kontinuität durch wegbereitende Persönlichkeiten, wichtige Erfahrungen und bedeutende Ereignisse in der Geschichte Sozialer Arbeit illustriert wird.

Was schwache Interessen von Klient\*innen sind und inwiefern auch aus Ihnen eine Mandatierung abgeleitet werden kann und muss, wird im Folgenden erläutert.

Dem schließt sich ein Abschnitt an, der sich im Großen wie im Kleinen mit der Politik Sozialer Arbeit auseinandersetzt, die sich aus der Inhärenz des politischen Mandates ergibt. Auch Lobbys, Verbände und Organisationen werden dabei angesprochen.

Aus dem politischen Mandat und der Politik Sozialer Arbeit folgt Parteilichkeit – mit einer kurzen Auseinandersetzung zur Begrifflichkeit und der Erläuterung, was darunter zu verstehen ist (und was nicht), schließt dieses Kapitel.

Im vierten Kapitel schließlich wird über Handlungsansätze nachgedacht, mit denen der Entpolitisierung Sozialer Arbeit begegnet werden könnte. Zunächst werden Voraussetzungen für eine kritische Soziale Arbeit beleuchtet, danach wird ein Blick auf die sozialarbeiterische Praxis im Allgemeinen geworfen, auch auf die Herausforderungen, denen sich die einzelnen Fachkräfte hier stellen müssen. Abgeschlossen wird das Kapitel mit einem Blick auf Hochschule, Wissenschaft und Lehre und einem kurzen weit ausblickenden gesellschaftlichen Handlungsansatz.

Das Thema dieser Arbeit scheint dem Verfasser äußerst relevant für die Soziale Arbeit zu sein, da es jeden Arbeitsbereich der Sozialen Arbeit betrifft und die Arbeits- und Funktionsweise des sozialarbeiterischen Bereiches fundamental verändert hat und vermutlich weiter verändern wird.

Gemessen an diesen umfassenden Auswirkungen sind die Beiträge in der wissenschaftlichen Literatur recht überschaubar. Einige wichtige Sammelwerke sind im Umfeld des Bundeskongresses Sozialer Arbeit entstanden, so die Sammelbände „Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen“ (2012) und „Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens“ (2015). Sie sind Instanzen zuzuordnen, denen unterstellt werden könnte, dass sich dort ohnehin diejenigen Akteure aus der Sozialen Arbeit versammeln, die kritisch und ‚über den eigenen Tellerrand hinaus denkend‘ versuchen, ihre Arbeit aktiv zu gestalten und sich

entsprechend mit anderen zu solidarisieren. Wie spürbar das Missverhältnis zwischen der Bedeutung des Themas und der Anzahl der diesbezüglichen Publikationen ist, kann auch dem Klappentext des 2. Bandes von „Politik Sozialer Arbeit“ von Benz et al. (2014) entnommen werden: „Im Vergleich zur offenkundigen Relevanz der Verbindungen zwischen Politik und Sozialer Arbeit ist es auffällig, dass im deutschsprachigen Raum kein aktuelles Kompendium vorliegt, das Erkenntnisse und Diskussionen hierzu zusammenfügt“ (Benz et al. 2014).

Der Eindruck, dass hier weitgehend in Fachkreisen und hinter verschlossenen Türen diskutiert wird, wird verstärkt durch die Tatsache, dass der Verfasser dieser Arbeit zu diesem Thema in der allgemeinen (nichtwissenschaftlichen) Literatur und Presse keinen einzigen Beitrag ausfindig machen konnte.

Abschließend sei angemerkt, dass diese Arbeit durch Gebrauch des ‚Gendersternchens‘ in geschlechtergerechter Sprache gehalten ist und somit grundsätzlich alle Geschlechter anspricht.

## **2. Staatliche Rahmenbedingungen**

### *2.1 Sozialstaat und Sozialpolitik*

„Sozialstaatlichkeit im Kapitalismus ist die Herstellung der Voraussetzungen einer Konkurrenzgesellschaft, in der Privatsubjekte mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (Kapital, Grundbesitz und Arbeitskraft) den gesellschaftlichen Reichtum vermehren und in der die Arbeitskraft-Besitzer dazu nicht in der Lage wären, würden sie sich selbst überlassen“ (Dahme und Wohlfahrt 2015, 14). Soweit die Definition.

In diesem Sozial- oder auch Wohlfahrtsstaat existiert ein Sozialleistungssystem, getragen von zwei Pfeilern (ebd., 15): Zum einen stellt der Staat als Kompensationsleistung Finanzmittel (Geld) zur Verfügung, zum anderen erfolgen Transferleistungen in Form von Sachleistungen. Ansprüche können nach jeweils bestehendem Sozialrecht geltend gemacht werden, etwa bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, chronischer Erkrankung oder fehlenden Rentenansprüchen. Zu den Finanzleistungen zählen auch viele ergänzende Leistungen wie Wohngeld, BaföG und Kindergeld (ebd.).

Im Rahmen der soziologischen Systemtheorie betrachtet ist „Wohlfahrtsstaatlichkeit (...) eine Reaktion auf spezifische Exklusionsrisiken moderner, funktional differenzierter Gesellschaften“ (Rieger 2013, 56). *Prinzipiell* besteht eine Teilnahmemöglichkeit am System der Wirtschaft, des Rechts, der Bildung etc. *Tatsächlich* ist diese Teilnahme jedoch von Voraussetzungen abhängig, und es ist ein hoher Grad an Anpassung und Selbstleistung erforderlich, um daran teilzunehmen. Das Exklusionsrisiko ist hoch. Und wenn der Ausschluss aus einem System erfolgt, kann schnell die Exklusion aus weiteren erfolgen.

Der Wohlfahrtsstaat stellt also den Versuch dar, Inklusionsprobleme zu lösen (ebd., 56-57).

Sozialpolitik wiederum ist eine vom Sozialstaat initiierte, auf Personengruppen typisiert gerichtete „(...) Mitgestaltung von Lebensbedingungen mit Hilfe verschiedener Interventionen des Staates, der Gebietskörperschaften insgesamt, sowie gesellschaftlicher Gruppen (...)“ (Benz 2010, 318). Außerdem ist Sozialpolitik in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wie sie in Deutschland besteht, ein Instrument, das Notlagen von Menschen kompensieren soll. Diese Notlagen entstehen durch die Folgen und Konsequenzen der Konkurrenzsituation in der kapitalistischen Gesellschaft. Durch die Wahrung und Stabilisierung verschiedener Einkommens- und Besitzverhältnisse soll Sozialpolitik dafür sorgen, dass die kapitalistische Eigentumsordnung aufrechterhalten wird (Dahme und Wohlfahrt 2015, 13). Noch ohne dabei den Blick auf das Thema Soziale Arbeit zu richten, stellen Boeckh, Huster und Benz (2011) jedoch fest: „Sozialpolitik soll (...) mehr denn je die Wachstumsbedingungen der Wirtschaft verbessern, zugleich die Bereiche kompensatorisch regeln, die für den Arbeitsmarkt von geringerem Interesse sind“ (192). Präventive Elemente werden



demzufolge bedeutungslos, gleichzeitig wird das Prinzip der Eigenverantwortung dem der Solidarität gegenüber gestärkt (ebd.).

## *2.2 Sozialpolitik und Soziale Arbeit*

Der zweite Pfeiler des Sozialstaats besteht aus sozialen Dienstleistungen wie Betreuung, Beratung, Pflege etc. In diesem Bereich findet sich die Soziale Arbeit wieder. Das Sozialleistungssystem wird aus Pflicht-Sozialversicherungsbeiträgen von erwerbstätigen Arbeitnehmer\*innen bezahlt (Dahme und Wohlfahrt 2015, 15). Der Sozialstaat organisiert „(...) über die Bereitstellung von oben genannten Transferleistungen und diesen sozialen Dienstleistungen den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, der primär der Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit derjenigen dient, die nicht in der Lage sind, von Erwerbsarbeit zu leben“ (ebd.).

Durch die Zweitsicherung kann Soziale Arbeit Inklusionsvermittlung, resp. Exklusionsvermeidung, resp. Exklusionsverwaltung anbieten (Bommes und Scherr 2000, 107). Denn die Sach- und Geldmittel aus der ‚Erstsicherung‘ allein reichen als generalisierende Maßnahme nicht aus (ebd., 142). „Soziale Arbeit organisiert Hilfe, um die Re-Inklusion in unterschiedliche gesellschaftliche Funktionssysteme zu ermöglichen. Sie erzieht, berät, unterstützt, betreut, interveniert und vertritt Personen, um ihre Inklusionschancen zu erhöhen oder Exklusion erträglich zu machen“ (Rieger 2013, 57). Im Gegensatz zu Professionen wie Ärzt\*innen, Lehrer\*innen und Anwält\*innen, die Menschen dabei unterstützen, Zugang zu bestimmten gesellschaftlichen Systemen zu erlangen, ist die Funktion der Sozialen Arbeit eine weniger spezialisierte, eher generalisierte (Bommes und Scherr 2000, 62).

Im Gegensatz zu Sozialpolitik handelt Soziale Arbeit weniger typisiert, sondern meist in Hinsicht auf einzelne Menschen. Der Sozialen Arbeit geht es oft gerade um diese Menschen, „(...) die trotz oder wegen der typisiert auf Personengruppen gerichteten, sozialpolitischen (Nicht)Mitgestaltung von Lebensbedingungen Hilfe suchen oder zu dieser aufrufen (...)“ (Benz 2010, 319).

Auf der einen Seite macht es die Qualität von Sozialpolitik aus, ob sie dem kritischen Blick und den Antworten der Sozialen Arbeit standhält, wenn es um Perspektiven und die soziale Lage von bedürftigen Menschen geht und diese auch aufgreift. Auf der anderen Seite lässt sich die Professionalität von Sozialer Arbeit hinsichtlich Sozialpolitik daran festmachen, inwieweit die Profession die (sozial)politische Dimension auf theoretischer wie auch auf praktischer Ebene wahrnimmt (Benz 2010, 317). „Beide haben die „(...) Funktion, zwischen Individuum und Gesellschaft zu vermitteln“ (ebd.).

Die entscheidenden Rahmenbedingungen für Soziale Arbeit werden auf bundes- und landespolitischer, teilweise auch auf europäischer Ebene getroffen. Die kommunale Ebene ist jedoch für viele Handlungsfelder der Sozialen Arbeit besonders wichtig. Auf der lokalen Ebene werden die sozialen Probleme und auch sozialpolitische Veränderungen sichtbar, und die Wirkung von Sozialer Arbeit wird hier besonders erkennbar. Auch die Interaktion von Sozialer Arbeit und Sozialpolitik zeigt sich besonders deutlich im lebensweltlichen Sinne (Schönig 2014, 43).

### **3. Entpolitisierung Sozialer Arbeit**

#### *3.1. Entpolitisierung, Ökonomisierung und Neoliberalismus (nicht nur) in Deutschland*

Bis in die 1970er Jahre mussten Ärzt\*innen in Deutschland nicht sonderlich darauf achten, was ein bestimmtes Medikament oder eine Operation kostete, wenn sie ein Mittel oder einen Eingriff als medizinisch notwendig erachteten. Und auch über Studiengebühren, die später binnen weniger Jahre für zahlreiche deutsche Hochschulen eingeführt wurden, wurde damals noch kaum diskutiert. Die Ölkrise im Jahre 1973 war ein erstes Alarmsignal; die bis dahin so reibungslos funktionierende ‚Wirtschaftswundermaschine‘ geriet ins Stocken. In der Folge, für manche früher, für andere später spürbar, setzte ein Prozess ein, der mit vielen Begriffen umschrieben worden ist und im Folgenden als ‚Ökonomisierung‘ bezeichnet werden soll (Schimank 2018, 3). Ökonomisierung meint einen „Belastungszuwachs ökonomischer Kosten- und Gewinn- Gesichtspunkte für gesellschaftliches Handeln“ (Schimank und Volkmann 2008 mit Schimank 2018, 3). „Wer von Ökonomisierung spricht, geht also davon aus, dass das, was die Menschen tun, sich zum einen zunehmend daran orientiert, finanzielle Kosten zu reduzieren und so insbesondere finanzielle Verluste zu verringern oder gänzlich zu vermeiden, oder zum anderen weitergehend darauf ausgerichtet ist, finanzielle Gewinne zu erzielen oder zu steigern“ (Schimank 2018, 3-4).

Neben ‚Ökonomisierung‘ wird in dieser Arbeit im Kontext von Entpolitisierung häufig von ‚Neoliberalismus‘ die Rede sein. Neoliberalismus ist ein weit gefasster Begriff, den Michael Büschken mithilfe der Freiburger und Chicagoer Schule, über Milton Friedman und Walter Eucken zu beschreiben und definieren versucht hat (vgl. Büschken 2017, 38 ff.). Im Kontext dieser Arbeit kommt die moderne Verwendung des Begriffs zum Zug, die Büschken mit Renner beschreibt: „[Neoliberalismus steht] für ökonomistisch verengte Politikkonzepte, die soziale und ökologische Probleme nicht lösen, sondern eher verschärfen“ (Renner 2000 mit Büschken 2017, 45). Dieser Geist hielt Einzug etwa mit der Wahl Margaret Thatchers 1979 zur Premierministerin in Großbritannien, mit der Wahl von Ronald Reagan 1980 zum US-Präsidenten und in der Folge mit der Kanzlerschaft Helmut Kohls ab 1982 (Wendt 2017, 320). „Die Wende im Denken und im Regieren war eine politisch

neokonservative und ökonomisch eine neoliberale“ (ebd.). Auch Butterwegge erklärt hierzu bei Büschken (2015) speziell mit Blick auf Deutschland, dass spätestens seit der Regierung Kohl tiefgreifende Veränderungen und Einschnitte im Bereich der sozialen Sicherungssysteme offenbar geworden seien (7).

Zu diesen (eher chronologischen) Beobachtungen scheint denn auch eine erklärende Hintergrundfolie für die Entpolitisierung Sozialer Arbeit von Colin Crouch zu passen, der folgende Zeitdiagnose anbietet: Er ordnet die europäische Geschichte grob in drei Phasen ein, die vordemokratische, die demokratische und die postdemokratische. Seiner Ansicht nach befinden wir uns im Moment in der dritten Phase, obwohl nach wie vor formaldemokratische Institutionen existierten und diese teilweise sogar noch weiter ausgebaut würden. Im Gegensatz dazu stünden allerdings Tendenzen, die eher für die vordemokratische Phase typisch seien: So wachse der Einfluss privilegierter Eliten immer mehr, was eine starke Gefährdung der eigentlich grundlegenden Volkssouveränität darstelle. Seit den 1970er Jahren konstatiert Crouch einen zunehmenden Autoritäts- und Ansehensverlust der staatlichen Entscheidungs- und Regulierungsinstitutionen – auch bedingt durch die Anpassung an die Ökonomisierung des Staates samt seiner neoliberal ausgerichteten Deregulierung (Crouch 2008 mit Lütke-Harmann und Kessl 2013, 134-135).

In der Folge seien fast alle Lebensbereiche durch neoliberales Gedankengut ökonomisiert worden. Demnach nehme Ökonomie nicht mehr eine ‚dienende‘ Funktion ein, sondern werde ganz im Gegenteil zur insgesamt hegemonialen Instanz, auch bei gesellschaftlichen Fragen (Wacquant 2009, 4). So falle der Ökonomisierung eine sehr große Definitionsmacht zu, die das Ziel verfolge, „(...) alle menschliche Tätigkeit der Vormundschaft des Marktes zu unterstellen“ (ebd.).

Als Folge daraus entsteht ein ‚Sozialdarwinismus‘: Der Neoliberalismus orientiert sich nicht am Gemeinwohl, sondern an den Interessen der Besserverdienenden (ebd.). Der volkstümliche Spruch ‚Jeder ist seines Glückes Schmied‘ beinhaltet dies: Jedes Individuum ist selbst verantwortlich für die Bewältigung oder eben auch für die Nicht-Bewältigung von Krisen. In Kauf genommen werden folglich Exklusion und Armut von beträchtlichen Teilen der Bevölkerung. Die Ausbreitung dieser neoliberalen Ideen machte es möglich, dass der Wohlfahrtsstaat zurückgedrängt wurde (Maus 2016, 85). Bedenklich dabei ist, dass diese Entwicklung kaum mehr einem demokratischen System entspricht, sondern eher für ein totalitäres System steht: Die Steuerung erfolgt durch eine sich selbst erzeugende Hierarchie, die für das Funktionieren von Ökonomie angemessen und akzeptabel sein mag, sicher aber nicht für das Zusammenleben von Menschen (ebd.). Diese Herrschaftslogik führt immer mehr dazu, dass gewählte Volksvertreter\*innen staatliche Institutionen so führen, als wären sie Wirtschaftsunternehmen (ebd., 86).

Die Zusammenhänge zwischen dieser Ökonomisierung und der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft werden von vielen nicht gesehen. Und diejenigen, die sie erkennen, betrachten Folgen wie etwa die daraus resultierende Armut oft als ‚Kollateralschaden‘ einer nötigen Gesamtentwicklung (Maus 2016, 86).

Von diesen allgemeineren Beobachtungen ausgehend (gerade auch den zeitlichen), bietet sich, wenn man den Fokus speziell auf die Soziale Arbeit richtet, ein entsprechend ähnliches Bild:

(Ent-)Politisierte Soziale Arbeit kommt in Deutschland in verschiedenen Phasen auf unterschiedliche Art und Weise vor. Wenn in der Gesellschaft Diskurse bezüglich sozialer Probleme stattfinden, ist eine verstärkte Politisierung zu beobachten, etwa in der Weimarer Republik, in Folge der 1968er-Bewegung und – verhalten – auch in der Gegenwart durch die Vereinnahmung der Sozialen Arbeit durch den aktivierenden Sozialstaat. Eine Entpolitisierung vollzog sich, wo individualpädagogische und therapeutisierende Gesichtspunkte im Mittelpunkt standen und ein Rückzug in die Privatheit stattfand, etwa nach dem Zweiten Weltkrieg und ab den 1990er Jahren. Im deutschen Kontext überwiegt eher die Politikvergessenheit denn die Politikfokussierung (Benz et al. 2013, 9).

### Entpolitisierende Nomenklatur und Sprache der Ökonomisierung

Die Entpolitisierung durch Ökonomisierung wird schon durch ihre Namensgebungen deutlich: Aus Angeboten wurden Produkte, aus dem Haushalt ein Budget, und die freie Wohlfahrtspflege betitelt sich selbst als ‚Sozialwirtschaft‘. Seit den Bologna-Reformen soll nicht nur das Studium möglichst schnell absolviert werden, auch die Leistung von Professor\*innen an den Hochschulen wird unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten evaluiert: Die Lehrenden werden gerankt, beurteilt und dementsprechend bezahlt (Kessl und Stövesand 2014, 22).

Auffällig ist dabei, dass sich mit der Ökonomisierung nicht nur die Nomenklatur verändert hat, sondern auch die Art der Sprache gegenüber Adressat\*innen der Sozialen Arbeit: „Arme werden nachhaltig verächtlich gemacht, z.B. als unwillig, integrationsverweigernd und faul“ (ebd.). „Der hohe Stellenwert von individuellem und materiellem Erfolg, der Vorrang der (kapitalistisch geprägten) Ökonomie ist mit einem Statusverlust derjenigen verbunden, die nicht zu den Profiteuren gehören, und mit einem ‚Ausstattungsverlust‘ in den Unterstützungs- und Versorgungssystemen für diese Gesellschaftsmitglieder“ (ebd., 24). Gemeinden und Städte werden weniger als Gemeinwesen, stattdessen eher wie ein Unternehmen geführt und zumeist als ‚Standorte‘ bezeichnet (ebd., 25).

### 3.2 Verhältnis von Sozialstaat, Sozialer Arbeit und Kapitalismus

Nachdem in 3.1 festgestellt worden ist, dass durch ökonomische und neoliberale Tendenzen Entpolitisierung entsteht und dadurch besonders der Sozial- und Wohlfahrtsstaat zurückgedrängt wird, soll im Folgenden, bevor weiter auf die konkreten entpolitisierenden Wirkungen und Ereignisse in den letzten Jahren eingegangen wird, noch ein kurzer Blick auf das problematische Verhältnis zwischen Kapitalismus einerseits und Sozialstaat und somit auch Sozialer Arbeit andererseits geworfen werden

Schon die Grundstrukturen des deutschen Sozialstaates zeigen, dass dessen Maßnahmen nicht darauf abzielen, Menschen an sozialen Lebensgütern teilhaben zu lassen, sondern dass die Ökonomie im Vordergrund steht (Dahme und Wohlfahrt 2015, 15).

„Die Vermarktlichung (Kommodifizierung) sozialer Dienste erweist sich als Resultat einer veränderten sozialstaatlichen Kalkulation: sie dient (bzw. soll dienen) der Entlastung der öffentlichen Haushalte von den finanziellen Aufwendungen für die soziale Infrastruktur, indem aus Steuermitteln finanzierte Dienstleistungen an private Unternehmen überführt werden, die an der Erzielung von Unternehmensgewinnen ausgerichtet sind und ihre Investitionen nicht durch ‚Staatsknete‘, sondern aus eigenen Mitteln vornehmen. Dieses sozialstaatliche Kalkül zeigt seine Wirkungen: Die Privatisierung sozialer und pflegerischer Dienstleistungen, also ihr Betrieb außerhalb kommunaler und wohlfahrtsverbandlicher Strukturen, nimmt zu“ (Dahme und Wohlfahrt 2015, 44).

Die Studierendenzahlen im Bereich Soziale Arbeit und der Bedarf an fachlicher Expertise in diesem Feld steigt in den letzten Jahren messbar an, was eine spürbare Aufwertung der Profession nach sich zieht (Otto, Wohlfahrt und Ziegler 2018, 596). „Auf der anderen Seite tritt die kapitalistische Bestimmtheit des Berufs immer deutlicher hervor“ (ebd.). Soziale Arbeit soll ihre Grundsätze angleichen an die einer in erster Linie an Pragmatismus interessierten Verwaltungsebene. Ihr Leitbild soll sich an Kriterien wie Effizienz, Wettbewerb und Gewinnorientierung ausrichten und weniger am ursprünglichen Ideal der (...) gesellschaftlichen Umverteilung und der gesellschaftskritischen Rolle. Die Transformation von Sozialpolitik in Politik der Sozialen Arbeit ist durch die momentan gängige Praxis der Sozialen Arbeit als eine Art ‚Selbstverzwergung‘ zu sehen. Zugespitzt formuliert macht sich Soziale Arbeit vielerorts zu einer Hilfsinstanz für die Entsorgung von Störfällen des Kapitalismus“ (ebd., 596). Dabei kann sie nicht funktionieren wie beispielsweise die marktintegrierende Verwertungslogik von handwerklichen Berufen, sondern ist „(...) eine auf diese [Verwertungslogik] reagierende Form professionellen Handelns, deren produktive Resultate nicht garantiert werden können. (...) Der quantitative Bedeutungsgewinn Sozialer Arbeit ist parallel zu einem Prozess zu sehen, in dem diese der kapitalistischen Verwertungslogik in

immer stärkerem Maße unterworfen wird und zu einer proletarisierten Dienstleistungsproduktion zu verkümmern droht“ (ebd., 596-597).

Ein Faktor, der die Funktion der Sozialen Arbeit innerhalb des Sozialstaats zusätzlich determiniert, ist die Tatsache, dass deren Finanzmittel in der kapitalistischen Ökonomie gewonnen und vom Staat eingezogen werden. Allein dadurch lastet auf Sozialer Arbeit ein starker Rechtfertigungsdruck hinsichtlich Effizienz und Effektivität, auch was das Personal angeht, das möglichst billig und flexibel sein soll (ebd., 597).

Auf die sozialen Problemlagen der Gesellschaft gesehen zeigt sich, dass der Kapitalismus Spuren hinterlässt: Grundsätzlicher Zweck des Kapitalismus ist es, Gewinn/Reichtum zu produzieren (ebd.). Auf der anderen Seite erzeugt dies Armut, die zusätzlich dadurch verstärkt wird, „(...) dass ökonomische Logiken auch in wirtschaftliche und soziale Räume diffundieren, die bislang noch Reservatrechte für sich behaupten konnten“ (ebd.). Dies führt beispielsweise dazu, dass Erfolge Sozialer Arbeit messbar sein müssen und dass soziale Risiken in die Verantwortung der Einzelnen verwiesen werden. Insgesamt steigt durch diese veränderte Sichtweise die Aggressionsbereitschaft gegenüber Menschen in Armutslagen (ebd.).

### *3.3 Die Neue Steuerung*

Schon vor der Agenda 2010 (siehe 3.5) begann die Ökonomisierung des Sozialen: Aufgrund wirtschaftlicher Veränderungen, bedingt durch eine ‚Wachstumskrise‘ auf der einen Seite und eine technologische Konjunktur auf der anderen, erschienen die Kosten des Sozialstaats zunehmend in einem anderen Licht (Wendt 2017, 318). Soziale Arbeit musste sich stärker an Maßstäben der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit ausrichten (Holdenrieder 2013, 35). Durch einen neuen gesetzlichen Rahmen wurde die Privatisierung sozialer Dienste und der damit verbundene Wettbewerb gezielt gefördert. Hierzu trugen in besonderem Maße die sogenannten Neuen Steuerungsmodelle bei, mittels derer in deutschen Kommunalverwaltungen mehr Leistungsqualität, eine bessere Qualifizierung des Personals, stärkere Bürgerorientierung, aber auch wirtschaftlicheres Arbeiten und massive Kosteneinsparungen durchgesetzt wurden (ebd., 36-37). Die beiden letzten Punkte wurden u.a. durch die Umstellung von der Vollkostenrechnung auf das Selbstkostendeckungsprinzip und den Abschluss von Leistungsverträgen zwischen staatlicher Seite und sozialen Trägern umgesetzt (ebd., 39).

‚Verschlankung‘ des Staates lautete jetzt die neue Maxime. Aufgaben, die nicht unbedingt hoheitlich betrieben werden mussten, sollten ‚outsourct‘ werden. Beim Staat wurden ähnliche Maßstäbe angesetzt wie bei ‚Rationalisierungen‘ in Wirtschaftsunternehmen, und angesichts dieser Neuorientierung erschien es sinnvoll, diesen auch zu führen wie ein

Unternehmen, da auf diese Weise die verbliebenen Aufgaben – so die Annahme – leistungsfähiger wahrgenommen werden könnten (Wendt 2017, 318-319).

Das führte dazu, dass „(...) [die] bundesdeutsche Freie Wohlfahrtspflege (...) durch die staatliche Neusteuerung der Sozialen Dienste von einem ‚neuen Geist des Kapitalismus‘ eingenommen [wurde] und (...) sich dadurch grundlegend verändert [hat]“ (Otto, Wohlfahrt und Ziegler 2018, 600).

Dies führte zu einer weitgehenden Konterkarierung der ursprünglichen Idee traditioneller Sozialer Dienste, die oftmals gerade im Widerspruch und in Abgrenzung zu vorherrschenden normativen Vorstellungen gegründet worden waren. Seit Einführung der ‚Neuen Steuerung‘ haben nicht wenige Träger der Freien Wohlfahrtspflege sich damit arrangiert, in erster Linie wirtschaftlich handelnd vorzugehen. Ihre Zielsetzung ist nun durchdrungen von kapitalistischer Ausrichtung, der staatlich gewollten ‚Verbetriebswirtschaftlichung‘ und der Teilnahme an einem ‚Wohlfahrtsmarkt‘ (ebd., 600-601).

Dies alles führt zu einer veränderten Einstellung gegenüber Adressat\*innen und generell zu einer anderen Sinnggebung der Sozialen Dienste (ebd., 601). „Das befördert den Prozess einer neuen, sich als Sozialwirtschaft verstehenden Freien Wohlfahrtspflege, die im Kern aus konkurrierenden einzelwirtschaftlichen Unternehmen besteht und deren Rationalität in der wirkungsvollen, rentablen und effektiven Produktion Sozialer Dienste besteht“ (ebd.).

#### Der Umgang der Fachkräfte mit der Neuen Steuerung und die Konsequenzen

Politik und Verwaltung allerdings reichte dies noch nicht aus, sie strebten eher eine weitere Verstärkung der Neuen Steuerung an. Aber auch in der Sozialen Arbeit zeigen sich nicht alle dieser Entwicklung abgeneigt. Manche Sozialunternehmen, freie Träger, aber auch Akteure innerhalb der großen Wohlfahrtsverbände sehen hier lukrative Verdienstmöglichkeiten – die Ökonomisierung hat Unternehmer\*innen aus ihnen gemacht, die betriebswirtschaftliche Strukturen in der Sozialen Arbeit befürworten. Das Nachsehen bei diesen Geschäftsmodellen haben vor allem die Klient\*innen. Dadurch, dass Kostenaspekte im Vordergrund stehen – und nicht etwa die Lebenswelt der Klient\*innen –, ist die dargebotene Hilfe oft begrenzt, unzureichend oder sogar falsch. Hinzu kommt, dass diese Hilfe häufig nur unter dem ideologischen Vorbehalt gewährt wird, dass die Empfänger sich diese Leistungen zunächst durch ein angepasstes Verhalten ‚verdienen‘ müssen, und dass davon ausgegangen wird, dass sie ihre Lage selbst verschuldet haben (Seithe 2014, 40).

### 3.4 Kritik am bisherigen System

Seit der besagten Neuen Steuerung zeigte die Sozialpolitik in Deutschland immer stärkere Tendenzen in Richtung eines sogenannten Aktivierenden Sozialstaats. Der bisherige Sozialstaat wurde zunehmend als Wachstumsbremse, Investitionshindernis und Störfaktor im Kontext des internationalen Standortwettbewerbs wahrgenommen (Dahme und Wohlfahrt 2015, 17).

Massive Kritik wurde vor allem daran geäußert, dass die Sozialausgaben gestiegen waren, dies wurde als bedrohliche Entwicklung gesehen und als ‚unbezahlbar‘ abgelehnt. Die Legitimation des gesamten Sozialstaats geriet in die Krise: Er wurde als Last für die ökonomische Entwicklung des Landes gesehen und schien gleichzeitig dessen Modernisierung im Wege zu stehen. Ein immer wieder geäußelter Vorwurf bestand darin, dass die Höhe der Sozialleistungen die Motivation des Einzelnen untergraben würden, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Um die Jahrtausendwende wurden hier diverse Debatten geführt, oft anhand von Einzelbeispielen (‚Florida-Ralf‘ etc.), die bisherige Form der Leistungsvergabe wurde durch Schlagworte wie ‚soziale Hängematte‘ grundsätzlich in Frage gestellt, gleichzeitig sprachen Kritiker von einem nicht vorhandenen ‚Recht auf Faulheit‘, bezeichneten die Leistungsempfänger als ‚Parasiten‘ und warfen ihnen ‚Sozialbetrug‘ vor (Seithe 2012, 242-243).

In vergleichbarer Weise wurde in der Folge die Soziale Arbeit, die im Sozialstaat geleistet wurde, in Frage gestellt. Mit einem ähnlich abwertenden Vokabular war nun die Rede von ‚ineffektiver Gefühlsduselei‘, wurden altruistische und fürsorgliche Motive skeptisch bewertet, und der Anspruch der Profession, für diese Arbeit die erforderliche Kompetenz und Zuständigkeit zu besitzen, wurde als unangebracht bezeichnet (ebd., 244). Zudem unterstellte man ihr, Klient\*innen in Machtabhängigkeiten zu bringen und deren eigene Fähigkeiten zur Lebensbewältigung zu schwächen. Ergebnisoffene Unterstützungsmaßnahmen, die länger aufrechterhalten würden als unbedingt nötig, wurden als unangemessen eingestuft (ebd.).

#### Berechtigte Kritik

Es soll hiermit nicht gesagt sein, dass am damals bestehenden System keine Kritik zu leisten gewesen wäre. Sicher gab es vielerorts Defizite in Bereichen, die heute als Standard lebensweltlich orientierter Sozialer Arbeit gesehen werden würde (Winkler 2008, 192). Phänomene wie das sogenannte ‚Helfersyndrom‘ und die ‚Kolonialisierung von Lebenswelten‘ (soziale Kontrolle durch die Soziale Arbeit, verbunden mit einer Nicht-Erkennung der eigensinnigen und eigener Logik folgenden Interessen und Umwelterklärungsversuchen der Klient\*innen) existierten durchaus (Seithe 2012, 245). Diese und



andere Problematiken jedoch muss die Soziale Arbeit selbst aufgreifen und mithilfe ihrer eigenen Professionalität lösen, statt von der Politik selbst ‚kolonialisiert‘ und in vielen Bereichen im Sinne der eigenen Grundprinzipien ad absurdum geführt zu werden (ebd.).

### *3.5 Agenda 2010 und der Aktivierende Staat*

Nachdem in 3.4 bereits vom Aktivierenden Sozialstaat die Rede war, soll im Folgenden der übergeordnete Begriff des Aktivierenden Staates betrachtet werden, der für die Veränderungen des Sozialstaats eine wesentliche Rolle spielt. Beim Aktivierenden Staat handelt es sich um eine Staatsform, die „Wirtschaftswachstum und internationale Konkurrenzfähigkeit in den Mittelpunkt staatlicher Politik stellt und dabei Sozialpolitik als Bestandteil der Wirtschaftspolitik sieht. Die Programmatik des Aktivierenden Staates ist eine Politik zur Entfesselung der kapitalistischen Wirtschaft und dementsprechend wird die Herstellung von Beschäftigungsfähigkeit (employability) in den Mittelpunkt der Maßnahmen gerückt.“ (Dahme und Wohlfahrt 2015, 17-18). Verbreitetes Leitprinzip dieser Politik ist die ‚Stärkung der Eigenverantwortung‘, das als Blaupause für viele Maßnahmen und Reformen im Bereich der Sozialleistungen diente. Ihr Höhepunkt war die ‚Agenda 2010‘, die während der von Bundeskanzler Gerhard Schröder von 1998 bis 2005 angeführten sozialdemokratisch-grünen Koalition eingeführt wurde (ebd., 18). Sie nutzte „die staatlich regulierte Armut plus Deregulierung im Arbeitsrecht als Hebel zur produktiven Senkung des nationalen Lohnniveaus“ (ebd.). Die Agenda, die von Schröder u.a. mit dem Satz „Die Zeiten des Überflusses sind vorbei“ (Schröder 2003) eingeleitet wurde, enthält einerseits den Entwurf des ‚Aktivierenden Staates‘ und andererseits von der Europäischen Union (EU) formulierte, damit weitgehend deckungsgleiche Ziele, die zwecks Modernisierung den Umbau des Sozialstaates in einen ‚aktiven und dynamischen Wirtschaftsraum‘ anstreben (Dahme und Wohlfahrt 2015, 168). Neu waren diese Ansätze nicht. Sie verbreiteten sich, von den USA ausgehend, über Großbritannien (Regierung Margaret Thatcher über John Major bis zu Tony Blair) als „Workfare vor Welfare“-Politik (ebd.), ein Paradigma, das heute in allen westlichen Wohlfahrtsstaaten in verschiedenen Formen anerkannt und umgesetzt worden ist (Seithe 2012, 246). „[Diese Politik] bekennt sich offensiv zu repressiven Maßnahmen, da sie meint, den als ‚Faulenzern‘ eingestuften Arbeitslosen nur mittels Zwang und Strafe zur Konkurrenztauglichkeit verhelfen zu können“ (Dahme und Wohlfahrt 2015, 168). Die Politik des sogenannten Forderns und Förderns legt besonderen Wert auf Selbstaktivierung und Eigenverantwortung. Die Folge ist ein zunehmendes Auseinanderklaffen zwischen wachsender Armut eines großen und ansteigenden Reichtums eines kleinen Bevölkerungsanteils; egoistische Ziele herrschen eher vor als gemeinsinnige (Maus 2016, 86).

Diese Prinzipien haben konsequenterweise auch im Sozialrecht ihren Niederschlag gefunden. Vor allem das SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) verlangt Gegenleistungen, und die Betroffenen müssen eine sogenannte Eingliederungsvereinbarung unterschreiben. Das SGB XII (Sozialhilfe) wartet beispielsweise mit der Pflicht auf, sich bürgerschaftlich zu engagieren (Dahme und Wohlfahrt 2015, 168). Und im SGB III sind die Zumutbarkeitskriterien für die Aufnahme einer Beschäftigung deutlich verschärft worden, gleichzeitig ist es möglich, dass Leistungen bei der Verweigerung einer Arbeitsgelegenheit zurückgenommen werden (ebd., 173). Die verschiedenen Pflichten können auch mit Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden. Betroffene müssen den Nachweis erbringen, permanent aktiv auf Arbeitssuche zu sein bzw. müssen ihre Arbeitsbereitschaft darlegen (auch durch die Annahme von sogenannten Arbeitsgelegenheiten). Andernfalls droht die Kürzung oder gar der Wegfall der jeweiligen Sozialleistung.

Diese Workfare-Politik hat

- 1.) eine Selektionsfunktion, da sie nur diejenigen, die besonders ‚schlecht dran‘ sind, unterstützt, etwa jene, die keine Ersparnisse haben oder über außergewöhnlich schlechte Wettbewerbschancen verfügen;
- 2.) eine Investitionsfunktion, da durch Weiterbildung das sogenannte Humankapital (Arbeitnehmer\*innen) qualifiziert wird, um so in der Zukunft Arbeitslosigkeit besser zu vermeiden (Dahme und Wohlfahrt 2015, 168-169). Dabei wird jedoch den Betroffenen suggeriert, sich nicht als Arbeitnehmer\*in, sondern als Unternehmer\*in ihrer selbst wahrzunehmen, was bedeutet, dass sie im Falle eines Scheiterns dafür selbst die Verantwortung tragen (ebd., 169).

Die Sozialleistungen sind allesamt eher unattraktiv ausgestaltet und beinhalten Einschränkungen wie Kontrollen, kurze Bezugsdauer und Leistungskürzung bei mangelnder Kooperation/Koproduktion, weil unterstellt wird, ohne diese Reglementierungen richteten sich die Betroffenen in dieser Situation ein (ebd., 169). „Der Sozialfall soll möglichst schnell wieder seine produktivistische Funktion erfüllen und Sozialpolitik ist demnach primär adressiert an diejenigen, die nicht fähig sind, von Lohnarbeit zu leben oder deren Existenz aufgrund des Ausschlusses von Arbeit bedroht ist“ (ebd., 169).

Gegenüber diesen Konkurrenzverlierer\*innen verlangen neoliberale Vertreter\*innen Härte. Ihr Verhalten stelle ‚bürgerliche‘ Werte und Lebensweisen in Frage und wird deshalb als Bedrohung der gesamten Gesellschaft gewertet (ebd., 173).

Die bisher existierende Sozialhilfe wurde weitestgehend als Vergeudung öffentlicher Gelder und als reine Alimentierung von Erwerbslosen bezeichnet. In der neu geschaffenen Grundsicherung wurde durch sogenannte bedarfsgerechte Leistungen ein minimalistisches Lebensniveau festgelegt, und es wurden lebensnotwendige Einzelheiten definiert (ebd.).

Die erwähnte Arbeitsmarktreform führte in der Konsequenz zu einem auch im internationalen Vergleich einzigartigen, da äußerst großen Markt des Niedriglohnssektors; mittlerweile versucht man hier, durch einen Mindestlohn gegenzusteuern. Verhältnismäßig viele Menschen müssen trotz voller Erwerbstätigkeit ‚aufstocken‘, sprich: die Differenz zwischen erarbeitetem Einkommen und Grundsicherung wird vom Sozialstaat übernommen (Dahme und Wohlfahrt 2015, 18-21).

Reformen haben also den Sozialstaat hinsichtlich Markt- und Wettbewerbsorientierung um- bzw. zurückgebaut. In bis dahin staatlich geregelten Bereichen wie der Sozialen Arbeit wurden weitgehend freie Märkte geschaffen (Dahme und Wohlfahrt 2015, 17).

Auch die Zusammensetzung der Kommission, die die Grundpfeiler für die Agenda-Politik und damit den Aktivierenden Staat erarbeitete, spricht eine deutliche Sprache: Von 15 Mitgliedern (Bensel und Hartz 2002) waren allein acht direkt einem (meist global agierenden) Wirtschaftsunternehmen oder einem Wirtschaftsverband zuzuordnen. Bei genauerer Betrachtung gibt es weitere Auffälligkeiten: Isolde Kunkel-Weber vom ver.di-Vorstand war die einzige Frau in dieser Kommission, 13 der 15 Mitglieder stammten aus dem Westteil Deutschlands, und eine Vertretung beispielsweise eines Arbeitslosenverbandes oder einer anderen Interessensvertretung der betroffenen sozial Schwachen fand sich im Gremium gar nicht.

### *3.6 Aktivierender Staat und Soziale Arbeit*

Die Herausforderungen, Erwartungen und Zwänge, die der Aktivierende Staat in der Folge gegenüber der Sozialen Arbeit mit sich bringt, hat in der Praxis tiefe Einschnitte, gravierende Veränderungen und große Verschiebungen nach sich gezogen. Das professionelle Selbstverständnis, das Soziale Arbeit eigentlich beinhaltet und fordert, ist nicht mehr allorts bzw. oft nur noch eingeschränkt möglich. Grundprinzipien der Profession werden teils massiv in Frage gestellt (Seithe 2012, 241-242). „Soziale Arbeit als Aktivierung ist nicht länger als generelle Unterstützung der Lebensbewältigung zu verstehen, sondern als Verlängerung des sozialstaatlichen Zieles der Investition in diejenigen, die einen produktiven Beitrag zum Gemeinwohl beizutragen haben“ (Dahme und Wohlfahrt 2005, 20). Soziale Arbeit im Aktivierenden Staat muss sich grundsätzlich ökonomisch legitimieren, außerdem soll sie Klient\*innen zu bestimmten Verhaltensweisen veranlassen, da dies sowohl in deren Interesse als auch im Interesse des Gemeinwohls liege (Seithe 2012, 255).

Sozialstaatliche Aktivitäten sind grundsätzlich darauf ausgerichtet, (wieder) erwerbstätig zu werden. Oberste Priorität hierbei hat die sogenannte Eigenverantwortung (Dahme und Wohlfahrt 2015, 15). „Förderung und Hilfe wird nur noch gewährt, wenn die Betroffenen

sich den ökonomischen Forderungen unterwerfen, die sich einzig nur auf den Nutzwert der Arbeitskraft beziehen. Wer dem nicht folgen kann oder will, wird sanktioniert. Wenn die Sanktionen nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen, wird ausgegrenzt“ (Maus 2016, 86).

Die Fachkräfte der Sozialen Arbeit werden zunehmend zur Bewältigung von Funktionsproblemen der Finanzierungs- und Transfersysteme verpflichtet. Außerdem sollen sie Modernisierungsagenden sowie Aktivierungsmaßnahmen durchführen, die mit Zwang und Druck gegenüber Klient\*innen verbunden sein können. Die eigentlichen Ziele und Grundhaltungen der eigenen Profession sind dabei eher zweitrangig (Dahme und Wohlfahrt 2015, 18–21). So wird aus ‚Hilfe‘ eine (sich lohnen müssende) Investition. „Das individualistische allein auf den pekuniären Nutzen, auf Egoismus und Wettbewerb ausgerichtete Menschenbild und die Gesetze des (möglichst frei agieren könnenden) Marktes bestimmen nun mehr und mehr die Soziale Arbeit“ (Maus 2016, 85). Das doppelte Mandat, das neben der Klientel klar auch das gesellschaftliche System als Auftraggeber nennt, wird somit in Frage gestellt, da von Seite des aktivierenden Staates die Belange der Klient\*innen nur dann berücksichtigt werden, wenn sie den Zielen des Systems nicht im Wege stehen, was dazu führt, dass die Soziale Arbeit grundsätzlich eine Entscheidung zugunsten des Systems trifft (Seithe 2012, 390). „Die Investition in KlientInnen, die am schnellsten und am wahrscheinlichsten einen sichtbaren Erfolg versprechen, wird nahegelegt. Der Versuch, langwierige, widersprüchliche Wege mit KlientInnen zu gehen und ganzheitlich auf ihre komplexen Problemlagen zu reagieren, wird sich finanziell kostenintensiv niederschlagen.“ (Seithe 2012, 258) Da man bei solchen Fällen nicht sicher von einem Erfolg ausgehen kann und dieser zudem oft äußerlich nicht auf den ersten Blick erkennbar ist, muss man davon ausgehen, dass die Bereitschaft, diese fachlichen Möglichkeiten zu finanzieren, eher gering ist (ebd.).

Aufs Ganze gesehen führen diese Betrachtungen zu der Feststellung, dass es an zwei Fronten zu einer Umrüstung kam: „Im finanziellen bzw. ökonomischen Steuerungsbereich und in der inhaltlichen Ausrichtung (...)“ (Spindler 2007, 30). Der neoliberale Diskurs hat sich also massiv auf die Soziale Arbeit ausgewirkt und „(...) eine trübe Melange aus Hilfe-, Markt- und Strafideologie hervorgebracht“ (Stender und Kröger 2013, 8). Hinter dem Politiksystem, das dieses System beauftragt, stehen Steuerungskräfte aus dem Wirtschaftssystem (Seithe 2012, 239). Zuende gedacht hat die neoliberale Ökonomisierung drastische Konsequenzen – nicht nur sterben Menschen in Armut früher als andere, auch haben beispielsweise wohnungslose Menschen kaum noch eine Möglichkeit, an ärztliche Behandlung zu gelangen (Maus 2016, 86).

Der Aktivierende Staat hat sich unterdessen auf alle Bereiche der Sozialen Arbeit ausgebreitet. Die Einbindung in den Markt stellt die bisherige Praxis und das bisherige Selbstverständnis in allen Bereichen infrage und könnte letzten Endes zu einer anderen Sozialen

Arbeit führen, deren Selbstverständnis und Professionalität nicht mehr wieder zu erkennen ist (Seithe 2012, 239).

### 3.6.1 Politik des Verhaltens

Der Aktivierende Staat lehnt jegliche Verantwortung für benachteiligte Lebenssituationen oder für ungerechte bzw. mangelhafte Ressourcenausstattung von Menschen ab (Seithe 2019, 319). Die neoliberale Praxis, soziale Probleme zu negieren und in den Verantwortungsbereich der Individuen zu verschieben, hat weitreichende Konsequenzen und kann zusammengefasst werden unter der Überschrift „Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens“. So heißt denn auch eine Vortragsreihe zum Bundeskongress Soziale Arbeit (vgl. Anhorn et al., 2018).

Schon die Sprache zeigt, wie sich die Sicht auf die Problemlagen verändert hat: Wenn aus Wohnungslosigkeit Wohnungslose, aus Armut Arme, aus Arbeitslosigkeit Arbeitslose werden, findet eine Personalisierung und Individualisierung statt. Es werden keine sozialen Verhältnisse mehr beschrieben, sondern Probleme einzelner Menschen, denen ein schuldhaftes Verhalten zugeschrieben wird (Anhorn, Schimpf und Stehr 2018, 1). So wird Arbeitslosigkeit mit all ihren Implikationen nicht als Folge einer bestimmten Wirtschaftspolitik oder der Arbeitsmarktlage gesehen, sondern als persönliche Unfähigkeit der Betroffenen, erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt zu agieren. Ähnliches gilt für Armut: Sie wird nicht als Folge von sozialer Ungleichheit und Benachteiligung oder prekärer Arbeitsplätze betrachtet, sondern sie tritt ein, wenn der Mensch seine Arbeitskraft nicht (uneingeschränkt) einsetzen kann oder will (Seithe 2019, 320). Individuelle normative Orientierungen, persönliche Einstellungen und (Un-) Fähigkeiten geraten dadurch in den Fokus und werden problematisiert. Ähnlich wie im medizinischen Bereich geht es um eine Art ‚Diagnose‘ mit entsprechender ‚Behandlung‘. „Möglichkeiten der ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Teilhabe werden mit dieser Neuausrichtung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit zunehmend erschwert bzw. gänzlich versperrt. Aus einer strukturbezogenen Politik, die Macht- und Herrschaftsverhältnisse (...) thematisiert, wird so eine dezidiert auf individuelles und kollektives Verhalten bezogene Politik der Lebensführung, die Fragen des Lebensstils, der Moral, der Normkonformität und damit Personalisierung der Konzepte der Verhaltenssteuerung, der Verhaltenskontrolle und ‚Selbstsorge‘ in den Vordergrund rückt“ (Anhorn, Schimpf und Stehr 2018, 1). Gesellschaftliche Konflikte und Problemlagen werden dadurch verdeckt, was wiederum dazu führt, dass sich die öffentliche Diskussion rund um die Gründe für Armut oftmals nur um die Frage der Eigenverantwortung dreht und nicht über diese Ebene hinausgeht (Seithe 2019, 319).

Auch die Betroffenen selbst stellen dies nicht in Frage, weil gar nicht mehr die Rede davon ist (ebd.). Und der Staat ‚fördert‘ diese wachsenden Gruppierungen, indem er sie kontrolliert und sanktioniert (Maus 2016, 86).

Wohl verstanden: Dies soll nicht heißen, dass Soziale Arbeit nicht *auch* die Problemlagen des Einzelnen ins Zentrum rücken sollte – aber eben nicht ausschließlich. Soziale Arbeit sollte *beide* Seiten im Blick haben. Das Ringen zwischen Sozialreform und Einzelfallorientierung existiert, seit es moderne Soziale Arbeit gibt. Die Problemlagen des Einzelnen zu ignorieren bezeichnet Mühlum (2007) als zynisch und das Negieren gesellschaftlicher Ursachen als unpolitisch (18).

Ein ähnlicher Vorgang wie die Transferierung der Verhältnisse in das individuelle Verhalten ist die Therapeutisierung der Verhältnisse und der Sozialen Arbeit – vgl. hierzu Anhorn und Balzereit (Hg.) (2016).

### 3.6.2 Aktivierender Staat in der Jugendhilfe

Auch die Kinder- und Jugendhilfe, die in weiten Teilen versucht, ohne Machtstrukturen auszukommen und Wert legt auf einen offenen Zugang, muss ihre Arbeit gegen eine Politik verteidigen, die versucht, diesen Bereich in erster Linie als Kontrollinstanz zu nutzen (Seithe 2012, 258). Dass die Politik derzeit nicht primär die eigenen Interessen der jungen Menschen im Blick hat, wird dabei offenkundig (ebd., 259): „Insgesamt hat sich in der Hilfe zur Erziehung die Einstellung zur Frage der Legitimität und pädagogischen Verwertbarkeit punitiver (strafender) Methoden in den letzten Jahren verschoben. Es wird wieder nach Grenzen, nach Härte, nach Orientierungsvorgaben gerufen“ (ebd.; vgl. auch Struck 2003, 369 ff.).

### 3.7 Die schwierige allgemeine Lage der Sozialen Arbeit

Die Handlungen, die aus dem Aktivierenden Staat heraus erfolgen, wirken sich auf die allgemeine aktuelle Situation spürbar und in durchaus problematischer Weise aus.

Vordergründig präsentiert sich Soziale Arbeit heute modern und positiv: breit aufgestellt, prosperierend, mit vielfältigen Methoden und Konzepten ausgestattet, mit denen sie unterschiedlichste Notlagen in der Gesellschaft bearbeitet. Doch hinter den Kulissen zeigt sich ein ganz anderes Bild: Hier tut sich eine Gesellschaft mit immer mehr Rissen und Abgründen auf, wird eine Spaltung der Gesellschaft sichtbar, die scheinbar unaufhaltsam fortschreitet, eine Kluft, die sich zwischen wenigen sehr Reichen und vielen Armen auftut (vgl. hierzu auch den Paritätischen Armutsbericht von Aust et al., 2018). Diejenige Gruppe von Menschen, die zunehmend verelendet, überfordert und an den Rand gedrängt wird und

exkludiert ist, wächst – bis hin in die Mitte der Gesellschaft (Thiersch 2014, 324). „Statt in solchen sich dramatisierenden Verhältnissen auch die Soziale Arbeit zu stärken, wird sie in ihrer Leistungsfähigkeit zurückgenommen und in Frage gestellt“ (ebd.).

Da die Menge der Aufgaben wächst, wäre eine entsprechende Aufstockung der Ressourcen erforderlich. Stattdessen wird jedoch lieber kostensparend zugewartet, und Hilfen werden eingeschränkt bis hin zu einem Ausmaß, das im Extremfall nur noch einen leeren Titel übriglässt, wie z. B. bei der Familienhilfe, die zwar noch so heißt, aber im Ergebnis keine mehr ist (ebd.). „Hinzu kommt, dass neue Verwaltungsaufgaben in den Formaten sozial-technologischer Kontrolle und betriebswirtschaftlich orientierten Managements die Arbeit erschweren, ja erdrücken – es gibt Bereiche, in denen Kolleginnen meinen, dass sie schon mit Verwaltung und Dokumentation so ausgelastet wären, dass sie eigentlich keine Zeit mehr für den direkten Umgang mit den Adressatinnen hätten“ (ebd., 324-325).

Und das alles für eine wenig attraktive Entlohnung: Das Lohnniveau, im Bereich der Sozialen Arbeit ohnehin traditionell eher niedrig, liegt in weiten Teilen deutlich unter einer angemessenen Vergütung, und viele Mitarbeiter\*innen arbeiten in (teils ungewollter) Teilzeit und in oft ungesicherten Stellen (ebd., 325).

### *3.8 Die Entpolitisierung von Fachkräften der Sozialen Arbeit und deren Übernahme der Ökonomisierung*

Die Tendenz des Aktivierenden Staates, gesellschaftliche Probleme konsequent auszubilden, wird von der Sozialen Arbeit in weiten Teilen übernommen. Dies kommt einer Halbierung ihrer Kompetenz gleich: Die Aufgabe Sozialer Arbeit ist es, neben der individuellen Seite ebenso gesellschaftliche Problemlagen, die das Subjekt beeinflussen, wahrzunehmen, zu berücksichtigen, diese öffentlich zu benennen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten und darzustellen (Seithe 2012, 319). Indem sie letzteres außen vor lässt, „(...) trägt [Soziale Arbeit] zu einer Entpolitisierung der Gesellschaft und ihrer eigenen Profession bei“ (ebd.). Die Soziale Arbeit hat ihrerseits die Ökonomisierung bereits in ihr eigenes Professionsverständnis integriert, indem sie nicht nur staatlicherseits verpflichtet und einbezogen wird, wenn es darum geht, Menschen zu selektieren, zu diskriminieren und auszuschließen, sondern vielerorts auch selbst aktiv mitgestaltet (Maus 2016, 86). Es gilt mittlerweile nicht nur in weiten Teilen der Gesellschaft, sondern auch bei Teilen der Professionsvertreter\*innen der Sozialen Arbeit als ‚natürlich‘, „(...) alles Handeln auf dem Hintergrund der neoliberal bestimmten ökonomischen Kategorien zu denken und gesellschaftliche soziale Aktivitäten nach betriebswirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten zu bewerten“ (ebd.). Dazu passt, dass Betriebswirtschaftslehre mit ihrem Vokabular und ihren Kriterien innerhalb der Sozialen Arbeit einen hohen Stellenwert einnimmt. Qualitätsmanagement mit

seinem oft oberflächlichen, plakativen und dadurch wenig nützlichen Qualitätsstandards ist hierfür ein Beispiel. Bürokratisierung und Technokratisierung greifen um sich mit der Folge, dass die Diskussion über verwaltungstechnische Details oder das Dokumentationswesen viel Zeit in Anspruch nehmen (ebd., 86-87).

Die eher zunehmende Entpolitisierung der Profession führt zu der Frage, inwiefern die Sozialarbeiter\*innen im Einzelnen hierzu selbst beitragen. Kusche und Krüger (2001) stellen fest, dass beispielsweise gegen die Individualisierung von eigentlich gesellschaftlich und politisch zu lösenden Problemen „(...) kein massenhafter Widerspruch aus der Profession zu finden [sei]“ (15). „Konzepte der neoliberalen Modernisierung [würden] durchgewunken“ (ebd.).

Der Umgang mit der Situation ‚hinter den Kulissen‘ seitens der Mitarbeiter\*innen ist sehr unterschiedlich, nimmt aber oft bedenkliche Züge an: Nicht selten beziehen sich diejenigen, die bei den Trägern Leitungs- oder Stabsstellen bekleiden (aber auch andere), nur noch auf ihre Hochglanzbroschüren, loben die Normalisierung der Sozialen Arbeit im Zusammenhang mit Modernisierung und Verwaltung und sehen im Übrigen den Großteil der Aufgaben im Organisations- und Weiterbildungssektor. Andere leiden zwar unter der prekären Situation, ziehen sich aber in die Erledigung der nötigsten Aufgaben zurück und behaupten, dass ihnen keine anderen Möglichkeiten blieben. Wiederum andere verzweifeln an der Lage und an Situationen, in denen sie wüssten, was im Sinne der Profession zu tun wäre, dies aber nicht leisten können. Manche Mitarbeiter\*innen sind vollkommen erschöpft, kündigen oder landen im Burnout; die Quote von Burn-Out-Fällen liegt in der Profession der Sozialen Arbeit deutlich höher als bei anderen. Und zuguterletzt gibt es eben doch diejenigen, die sich empören und im Namen der Adressat\*innen die Anerkennung ihrer Arbeit und deren Repolitisierung verlangen (Thiersch 2014, 325-326).

Die Tatsache, dass die Soziale Arbeit sich an ein neoliberales Politikmodell anpasst, liegt wohl einerseits begründet in der Allgegenwart der Markt-Regeln. Sie durchdringen die Gesellschaft in einem derartigen Ausmaß, dass die Befolgung ihrer Logik von Fachkräften der Sozialen Arbeit vielerorts als ‚natürlich‘ angesehen wird. Wer sich als Sozialarbeiter\*in gegen diese Arbeitslogiken stellt, findet sich schnell in der Minderheit und sieht sich als veränderungsunwillig abgestempelt. Des Weiteren ist die Profession laut Maus (2016) in weiten Teilen von großer Harmoniebedürftigkeit durchzogen, weswegen Streit über Arbeitsinhalte eher vermieden wird. Im Umkehrschluss fällt die Bereitschaft zur Anpassung hoch aus (88), und die Haltung, sich aus der Politik ‚herauszuhalten‘, ist verbreitet. Viele Sozialarbeiter\*innen beschreiben ihre Arbeit als rein ‚helfende‘ Tätigkeit und „(...) negieren, dass sie zunehmend im Sinne eines neoliberalen Menschenbilds instrumentalisiert werden“ (ebd.). Mit aktuellen Diskussionen und Beschlüssen (Gesetze, Reformvorhaben etc.) in der Politik



befasst man sich (zu) wenig, umfangreichere Reflexionen der eigenen Arbeit und berufsethische Diskussionen sind selten (ebd., 89).

An Berufsverbänden, die Interessen und politische Haltungen von Fachkräften der Sozialen Arbeit bündeln könnten, mangelt es nicht, ebenso wenig an Gewerkschaften – jedoch sind nur wenige Sozialarbeiter\*innen darin organisiert. Leider bedeutet dies, dass diese Interessensvertretungen oft mehr oder weniger allein vor sich hin kämpfen (wenn überhaupt). Gemeinsame Aktionen kommen insgesamt gesehen selten vor (Seithe 2014, 42).

### *3.9 Deprofessionalisierung*

Der Sozialstaat hat in den letzten Jahren wenig dagegen getan, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht, und seit der Finanzkrise 2008 stärkt die vorherrschende Austeritätspolitik die sukzessive Ausblendung des Sozialstaats mit seiner Finanzierung und seinen Verpflichtungen und wertet stattdessen eine Gesellschaft auf, die sich vermehrt um ihre Sozialfälle selbst kümmern soll. Entsprechend werden Trägerstrukturen verstärkt darauf ausgerichtet (Otto, Wohlfahrt und Ziegler 2018, 598). Maus spricht bei letzterem auch von ‚Verehrenamtlichung‘ von Hilfe, verbunden mit einer Deprofessionalisierung der Profession im Zusammenhang mit Kürzungen im Bereich der Sozialen Hilfen (Maus 2016, 86).

Ein Beispiel für Deprofessionalisierung (neben dem in der Einleitung genannten) ist in den Jobcentern zu sehen. Deren Mitarbeiter\*innen haben häufig keine soziale Ausbildung, geschweige denn ein sozialarbeiterisches Studium, sind aber dennoch zu einer Art Generalberatung für alle Lebenssituationen geworden und haben weitgehende Verfügungskompetenzen (Seithe 2012, 256).

### *3.10 Entpolitisierung und Hochschule*

#### *3.10.1 Wissenschaft als Bindeglied*

Die Profession der Sozialen Arbeit wird in vielerlei Hinsicht durch die Hochschulen beeinflusst. Die Studierenden sind die Fachkräfte der Zukunft, die Lehrenden beeinflussen diese in Wissen und Haltung sehr stark, und die Wissenschaft ist das theoretische Fundament der Profession. Gleichzeitig ist die Interaktion zwischen Theorie und Praxis von hoher Bedeutung (Hirschfeld 2015, 185).

Die Praktiker\*innen haben es, wie oben beschrieben, wohl am schwersten: Während sie einerseits die erwähnten vielfältigen Widersprüchlichkeiten sehen, müssen sie gleichzeitig ihre Existenz sichern und andererseits die Einrichtung erhalten, nicht zuletzt um des eigenen Arbeitsplatzes willen. Ebenso wie die hierarchischen und kollegialen Ebenen, mit

denen sie sich auseinandersetzen müssen, werden kritische Professionelle somit vor große Herausforderungen gestellt.

Hier tun sich nun Aufgabenfelder auf für andere Akteure der Sozialen Arbeit, die nicht unter derartigem Druck stehen: die Hochschulen sowie die großen Träger und Verbände. Dabei darf nicht übersehen werden, dass auch die Wissenschaft von neosozialen Ansätzen inspiriert ist; wie in der Praxis wird auch hier oft Anpassung befürwortet, oder es wird gefordert, aus gegebenen Situationen das Bestmögliche herauszuholen. Aber gleichzeitig existieren auch kritische Stimmen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse im Blick haben und diese in Veröffentlichungen reflektiert und pointiert analysieren und kritisieren (Seithe 2012, 423-424).

Seithe (2012) stellt dabei allerdings fest, dass auch die kritischen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der neosozialen Arbeit des Öfteren recht distanziert, gelegentlich fast desinteressiert wirken. Möglicherweise spielt hier eine Rolle, dass die Autor\*innen für den Fall, dass sie zu klar kritisch Position beziehen, um ihre wissenschaftliche Reputation bangen und daher eine gewisse Neutralität zu wahren versuchen. Zwar nennen sie kurz einige Handlungsansätze (ebd., 424), doch „(...) alles verschwindet sofort wieder in der wissenschaftlichen Komplexität und Vielstimmigkeit. Hier müsste in die Deutlichkeit der Schlussfolgerungen und Handlungsperspektiven mehr investiert werden“ (ebd.). Mit Blick auf diese Literatur „(...) ist man zudem mit einer überraschend komplexen Fachsprache konfrontiert und verliert mitunter trotz aller Praxisorientierung dieser Texte letztlich doch den Bezug zu dem, was in der Wirklichkeit der Sozialen Arbeit heute passiert“ (Seithe 2012, 425).

### 3.10.2 Die Bologna-Reformen und ökonomische Tendenzen an der Hochschule

Im Zuge der Bologna-Reformen wurden den Hochschulen teilweise entstaatlichende Strukturen verordnet. Heiner Keupp (2008) zieht hierzu etwa die „(...) Bilanz einer feindlichen Übernahme der Humboldtschen Hochschule durch eine neoliberale Dominanzkultur“ (12) und konstatiert, es gehe dabei nicht „um kritische Wissenschaft oder um Autonomiespielräume der Universität, sondern um einen Anpassungsprozess (...)“ (ebd.). Im Zuge dieser Entwicklung haben Hochschulen sich zu einer Art Unternehmen gewandelt, was zur Folge hat, dass sie für verschiedenste Gruppen – Studierende, Geldgeber wie beispielsweise Länder und die Wirtschaft (Stichwort: Drittmittel) – attraktiv sein und sich hierfür selbst samt Programm entwerfen müssen (Dischler 2014, 109). Die neoliberale Wirtschaftsordnung macht sich im Alltag von Lehrenden schon allein dadurch bemerkbar, dass Mittel erwirtschaftet werden müssen (Hirschfeld 2015, 187). Dazu meint Bartosch (2010): „Die ökonomische Überformung der Profession und der Ausbildungsstätten verführt dazu,

Kooperationen oder gar vorurteilslose Unterstützung anderer durch vermeintliche Wettbewerbs-, d.h. Konkurrenzstrategien zu ersetzen“ (185).

Allerdings eröffnete Bologna prinzipiell auch Chancen zur Aufwertung von Sozialer Arbeit: Die Hochschulen waren nun autonomer als zuvor und hatten dadurch mehr Spielraum zur eigenen Gestaltung zur Verfügung (Dischler 2014, 109).

Die Studiengänge der Sozialen Arbeit lassen durch die neu eingeführte Modularisierung „(...) in schulartiger Formierung (...)“ (Dischler 2014, 109) weniger Freiheit für individuelle Impulse (ebd.). In jedem Semester muss eine bestimmte Anzahl von „Creditpoints“ erreicht werden, was rasch zu einer ‚Credit Points-Mentalität‘ führen kann, verbunden mit der im Seminar häufig gestellten Frage: ‚Ist das prüfungsrelevant?‘ (ebd., 110).

Das Studium ist nun so strukturiert und ausgerichtet, dass Studierende möglichst schnell ein bestimmtes Lernpensum ‚erledigen‘ sollen. (Dischler 2014, 110). Diese Beschleunigung geht auf Kosten von Wissensvertiefung und persönlichem Reifeprozess: „Das in der Adoleszenz so wichtige ‚Moratorium‘, in dem so wichtige Prozesse der kritisch-reflexiven Selbstfindung stattfinden, wird gestrichen“ (Keupp 2008, 11-12). Jenen Hochschulen, die tendenziell neoliberal ausgerichtet sind, kommt diese Struktur entgegen: So bleibt für Studierende wenig Zeit zum Nachdenken und Reflektieren oder für Widerstand z. B. in (hochschul)politischen Gremien (Dischler 2014, 110).

Auf die Ökonomisierung der sozialarbeiterischen Berufspraxis wurde mitunter auch bei der Ausgestaltung des Studiums reagiert, so etwa mit dem Ausbau von BWL-Bestandteilen und entsprechenden organisationssoziologischen und juristischen Elementen (Hirschfeld 2015,186). Absolvent\*innen des Studiengangs Soziale Arbeit, die befragt wurden, welche Veranstaltungen für sie am meisten ‚praxisrelevant‘ gewesen seien, nannten v.a. Sozialmanagement sowie Recht und Methoden als wichtige Leitdisziplinen (Hirschfeld 2015,186-187). Das scheint ein Anzeichen dafür zu sein, dass junge Studierende von heute hauptsächlich unter dem Paradigma des Aktivierenden Staates (‚fördern und fordern‘) politisch sozialisiert worden sind und dass möglicherweise deswegen bei vielen von ihnen diese Einstellung schon tief verwurzelt ist (Dischler 2014,108).

### 3.10.3 Politisches Interesse von Studierenden

Aber auch das grundsätzliche politische Interesse von Studierenden Sozialer Arbeit gibt Anlass zum Nachdenken.

Eine Befragung an der Hochschule München bei Studierenden der Sozialen Arbeit zeigt, ebenso wie andere ähnliche zur Kontrolle und zum Vergleich herangezogene Befragungen, „(...) dass Studierende Sozialer Arbeit trotz des Selbstverständnisses einer an sozialer Gerechtigkeit und Emanzipation orientierten Disziplin im Großen und Ganzen sich nur mäßig

politisch interessiert äußern, auch im Vergleich mit Studierender (sic!) anderer Fakultäten“ (Roth und Yollu-Tok 2017, 170). Als politisch interessiert oder stark interessiert bezeichnet sich ein Drittel der Studierenden (ebd.), wobei sich nur 2,6 % als ‚sehr interessiert‘ wahrnehmen (ebd., 159). Ebenfalls ein Drittel beteiligt sich politisch und informiert sich mindestens wöchentlich über politische Themen in den Medien. Drei Viertel der Befragten zeigen viel Distanz und Misstrauen gegenüber Politik, Politiker\*innen und Parteien. Auffällig hoch ist auch die Zahl derer, die sich bei vielen Fragen enthielten („weiß nicht“); diese Zahl deutet vermutlich auf geringes politisches Wissen hin. Auffällig erschien auch, dass sich lediglich 20 % der Studierenden als politisch kompetent einstufen (ebd., 170). Die meisten Befragten sind zwar gegenüber Fragen sozialer Ungerechtigkeiten und sozialpolitischer Interventionen sowie der Notwendigkeit von steigenden Sozialausgaben sensibilisiert, „(...) jedoch waren immerhin 20 % auch für die Senkung von Sozialausgaben und 13 % trauten sich da kein Urteil zu („weiß nicht“)“. Zudem werden von etwa einem Fünftel bis einem Drittel „(...) populäre negative Vorurteile und Stereotype geteilt zu ‚Sozialbetrug‘, Unterminierung der Selbsthilfe durch den Sozialstaat oder zur Legitimation sozialer Ungleichheit“ (ebd., 171). Eine ähnliche Zahl ist skeptisch gegenüber Pluralismus oder politischen Konflikten (ebd.)

Die Autor\*innen der Studie kommen zu dem Schluss, dass diese Erkenntnisse eine große Herausforderung darstellen für die Ausbildung und die Ziele der Profession, die diese sich selbst auferlegt, besonders mit Hinblick auf wachsende soziale Ungleichheiten und zunehmende politische Verdrossenheit vieler sozial benachteiligter Menschen (ebd.).

Eine etwas ältere Studie, die hauptsächlich in Berlin entstand, kommt zu vergleichbaren Ergebnissen: Sie konstatiert „(...) ein geringes politisches Interesse der Studierenden, gepaart mit geringem hochschulpolitischem Engagement und hoher Politikverdrossenheit“ (Gries, Leuschner und Wenzke 2015, 287).

Die Untersuchung von Kulke (2019) ist zwar etwas optimistischer (286), jedoch macht auch sie deutlich, dass beispielsweise das politische Interesse von Studierenden der Sozialen Arbeit unter dem aller anderen Sozial- und Erziehungswissenschaften liegt (ebd., 271). Die politische Position wird zwar mehrheitlich als eher links angegeben, jedoch stellt sich die Frage, ob dies nicht eher das Ergebnis einer gewissen Oberflächlichkeit ist als von gedanklich manifestierten Überlegungen und Reflexionen. Denn auch Kulke stellt fest, dass erstaunlich hohe Anteile Positionen das Wort reden, die im Gegensatz zu Grundsätzlichkeiten des demokratischen Rechtsstaates stehen: So meinen knapp 30 %, die Opposition solle die Regierung in ihrer Arbeit unterstützen, und sogar über 35 % sprechen sich für ein Demonstrations- und Streikrecht aus, wenn die ‚öffentliche Ordnung gefährdet‘ sei (ebd., 275). Des Weiteren sind knapp 40 % der Ansicht, dass es viele Sozialleistungsempfänger gäbe, die sich Leistungen verschaffen würden, die ihnen nicht zustünden (ebd., 276).

Politische ‚Grundhaltungen‘ bei Studierenden sind wichtig, um in der harten alltäglichen Auseinandersetzung zu bestehen und auch um Adressat\*innen Sozialer Arbeit ihrerseits wieder zu politisieren (Kuschel und Krüger 2001, 24). Ohne eine dezidierte eigene Haltung wird es kaum möglich sein, die Adressat\*innen darin zu unterstützen. Hirschfeld (2015) führt jedoch kritisch ins Feld, dass im Studium die Zeit, in der sich Studierende mit Politikwissenschaft befassen, sehr knapp bemessen sei (29).

#### **4. Die Inhärenz des politischen Mandates in der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik**

Im Folgenden wird es um den Begriff ‚politisches Mandat‘ gehen. Hierfür soll vorab die Wortabstammung ins Gedächtnis gerufen werden: Das Wort Mandat steht für ‚Vollmacht‘ und ‚Auftrag‘, während ‚Politik‘ von der griechischen ‚polis‘ abstammt, die für ‚Gemeinwesen‘ steht und auch Bedeutungen wie ‚bürgerlich‘, ‚das Gemeinwesen betreffend‘ oder ‚öffentlich‘ impliziert (Sorg 2001, 41-42).

##### *4.1 Kein politisches Mandat vs. Politisches Mandat*

Die Frage des politischen Mandats in der Sozialen Arbeit ist umstritten. Es gibt Autor\*innen wie Dieter Kreft, der erklärt, in §18ff SGB I seien die Aufgaben der Sozialen Arbeit deutlich ausgeführt und klar eingegrenzt, hier sei kein politisches Mandat vorgesehen, und deswegen sei jede weitere Diskussion darüber unnötig (Kreft 2001, 153). Und laut Peter Lüssi (2008) ist Soziale Arbeit nicht im Besonderen in der Nähe von Sozialpolitik zu verorten (41-42). Für Sozialpolitik seien alle Gesellschaftsmitglieder zuständig, die politische Relevanz aufwiesen, und nicht im Besonderen die Soziale Arbeit (ebd., 52). Sozialarbeiter\*innen sind für Lüssi Expert\*innen, Ärzt\*innen, Anwält\*innen und Lehrer\*innen nicht unähnlich: Für sie seien die Problemlösungen des Einzelfalls prioritär (ebd., 129). Und so fasst Lüssi in einer Kapitelüberschrift seines Buches *\*Systemische Sozialarbeit\** „Die Sozialberatung als Zentrum der Sozialarbeit“ (ebd., 48) zusammen, und im Zentrum dieser stehe die „(...) Arbeit am einzelnen sozialen Problemfall (...)“ (ebd., 52).

Wer jedoch die Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit betrachtet, stößt auf den Sozialstaat, und im Sozialstaat wird von verschiedenen Akteuren Sozialpolitik gestaltet, die, wie bereits betrachtet, von bestimmten politischen Interessen geleitet wird (Sorg 2001, 51). Auch Benz und Rieger (2013) sprechen davon, dass neben den politischen Kontextbedingungen, die Soziale Arbeit prägen, und der Sozialpolitik, die die soziale Praxis beeinflusst, deutlich ist,

dass Politik über die Ressourcen und über Gesetzmäßigkeiten entscheidet, die die Handlungsspielräume von Sozialer Arbeit prägt (Benz und Rieger 2015, 9). In diesem Sinne scheint es angemessen zu sein, wenn Richard Sorg davon spricht, dass Soziale Arbeit nicht sinnvoll verstanden und praktiziert werden kann „(...) ohne den jeweiligen gesellschaftlichen, und d.h. notwendig auch: politischen Kontext, in dem sie verortet ist und in dem zentrale Voraussetzungen ihrer Arbeits- und Wirkungsbedingungen vorgegeben sind“ (Sorg 2001, 51).

Die Konsequenz daraus muss lauten: Soziale Arbeit wird gestaltet, und wenn sie nicht nur fremdbestimmt sein will, muss sie *selbst* gestalten.

Dieses Verhältnis im System beschreibt Dischler (2014) folgendermaßen: „Politisierung Sozialer Arbeit bewegt sich (...) zwischen Systemerhaltung (Restauration) und Systemgestaltung (Revolution)“ (108). Wenn von Repolitisierung die Rede ist, geht es um Systemgestaltung (ebd.).

Wenn immer wieder die Forderung formuliert wird, Soziale Arbeit müsse sich endlich wieder politisieren, dann muss man die Gegenfrage stellen, ob es denn überhaupt Zeiträume gab, in der Soziale Arbeit nicht politisch war. Diese Forderung überdeckt nämlich, dass Soziale Arbeit zu jeder Zeit ein politisches Mandat indiziert – schon aufgrund ihres öffentlichen Auftrages: Wenn Soziale Arbeit definiert wird als Bearbeitung von professionell und gesellschaftlich relevanten Problemlagen, dann ergibt sich daraus zwangsläufig ein politisches Mandat., denn die Relevanz solcher Problemlagen wird in gesellschaftlichen Prozessen ausgehandelt. Daraus, bzw. aus dem Handeln von Regierungen, in denen sich diese Prozesse widerspiegeln, entstehen Hilfe- und Unterstützungsleistungen für bestimmte Personengruppen mit verschiedenen Gewichtungen, und andere Leistungen entstehen eben nicht oder sind nachrangig, freiwillig o.ä. Relevanzbestimmungen müssen von Sozialarbeiter\*innen daher immer kritisch analysiert und hinterfragt werden: Sind wichtige Belange oder Menschengruppen aus dem Blick geraten? Warum werden bestimmte Themen gerade (nicht) diskutiert? Innerhalb dieser Zusammenhänge sollten sich Sozialarbeiter\*innen deutlich und gleichzeitig nachvollziehbar positionieren. Soziale Arbeit bewegt sich in ihren Aufträgen in politischen Dimensionen, genauso wie in den Formen ihrer Interventionen, die sich zwischen Hilfe/Selbstbestimmung und Kontrolle/Anpassung bewegen (Kessl und Stövesand 2014, 19).

Des Weiteren ist Soziale Arbeit politisch aufgrund des Wissens um ihre eigene historische Entstehung, ihr Menschenbild, ihre Ethik, ihr Selbstverständnis als parteiliche Profession und „(...) ihre dauerhafte Verquickung mit den gesellschaftlichen Problemlagen, die unser kapitalistisches Gesellschaftssystem immer wieder aufwirft“ (Seithe 2014, 39). Benz und Rieger (2015) äußern sich entsprechend: „Dass Soziale Arbeit als Profession ein ganz spezifisches Verhältnis zur Politik aufweisen muss, drängt sich jeder theoretischen Reflexion

geradezu auf. (...) Ihre handlungsleitenden Begriffe (Würde, Bedarf, Normalität, Selbstbestimmung usw.) spiegeln Wertkonflikte und sind Ergebnis politischer Anerkennungskämpfe“ (37).

Soziale Arbeit spielt sich inmitten der Gesellschaft ab, und sie passt Menschen auch immer wieder an bestehende Verhältnisse an. Dies versucht sie durch Steuerung und durch Integration zu leisten. Und sie kann aus ihrer Fachkompetenz heraus gesellschaftliche Probleme benennen, kritisieren und aufdecken und für ihre Klientel Veränderungen einfordern (Seithe 2014, 39).

#### 4.2 Gesetze und Rechtsprechung

Auf das politische Mandat Sozialer Arbeit wird in mehreren Rechtsnormen der Bundesrepublik Deutschland deutlich hingewiesen: „Die Gesetze räumen der Sozialarbeit Kompetenzen und organisatorische Orte politischer Einflussnahme ein“ (Kusche und Krüger 2001, 15).

So besagt Artikel 20 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und *sozialer* Bundesstaat.“ Dieser Abschnitt steht im Kanon der ersten 20 Artikel, die unabänderlicher Teil der deutschen Verfassung sind (Dillmann und Schiffer-Nasserie 2018, 7).

Im Grundgesetz sind viele Gleichheitsansätze niedergeschrieben, etwa die freie Persönlichkeitsentwicklung ungeachtet vieler Attribute wie Geschlecht, sozialer Stellung oder politischer Einstellung. Jedoch: Die grundsätzliche Erlaubnis, freiheitlich etwas tun zu *dürfen*, impliziert noch lange nicht, dies auch zu *können*. So gewährt etwa staatlich gewährte Reisefreiheit nicht die Nutzung von Bussen und Bahnen, und das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert keine Möglichkeit, Texte zu publizieren. Für die Realisierung all dieser Rechte werden *Mittel* benötigt (Dillmann und Schiffer-Nasserie 2018, 15).

Das SGB I, §1 sagt dazu: „Das Recht des Sozialgesetzbuchs soll zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit Sozialleistungen einschließlich sozialer und erzieherischer Hilfen gestalten. Es soll dazu beitragen,  
ein menschenwürdiges Dasein zu sichern,  
gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, zu schaffen,  
die Familie zu schützen und zu fördern,  
den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen.“

Dieser grundlegende Gesetzestext im SGB I (gültig für alle SGB) ist also an die Soziale Arbeit adressiert und gibt ihr das generelle Mandat, alles Nötige zu veranlassen, um vorhandene Ungleichheiten auszugleichen.

Das politische Mandat beinhaltet ein Demokratieverständnis, das Willy Brandts Motto ‚Mehr Demokratie wagen‘ aus den 1970er Jahren nahekommt. Von diesem ‚Geist‘ des Demokratieverständnisses konnte die gesamte Gesellschaft in allen Lebensbereichen profitieren, nicht zuletzt eben auch die Soziale Arbeit. Seitdem jedoch kam es neben den anderen in dieser Arbeit angesprochenen ökonomisierenden neoliberalen Gegenentwürfen auch zu solchen im juristischen Sinne. So vertraten die beiden früheren Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde und Roman Herzog (später Bundespräsident), die als Richter des Bundesverfassungsgerichtes Interpretationen der Gesetzgebungen maßgeblich mitprägten, eher den Ansatz der Demokratie als *Staatsform*, als Organisationsform des Staates, weniger den der Demokratie als *Lebensform*. Es geht danach weniger darum, dass Menschen demokratisch partizipieren, sondern hauptsächlich darum, dass der/die Wähler\*in durch die demokratische Wahl das Parlament wählt und dieses dann wiederum Gesetze beschließt, also eine Art durchgehender Legitimationskette (Kuschel und Krüger 2001, 21-22). Diese Lesart schlug sich auch später in der entsprechenden Rechtsinterpretation nieder, sodass „(...) nicht nur eine weitergehende Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, sondern auch der Gedanke einer Partizipation der Betroffenen und Beteiligten in Frage gestellt [wurde]“ (ebd).

Andererseits hat der Bundesgerichtshof (BGH) schon 1957 zum Thema des politischen Mandates folgende Aussage getroffen: „Im sozialen Rechtsstaat gehört es zu den Amtspflichten der mit der Betreuung der sozial schwachen Volkskreise betrauten Beamten, diesen zur Erlangung und Wahrung der ihnen vom Gesetz zgedachten Rechte und Vorteile nach Kräften beizustehen (...)“ (BGH 1957 mit Kusche und 2001, 23).

Ergänzend hierzu hat der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVG) im Jahr 1967 dargelegt: „Wenn Artikel 20, Abs. 1 des Grundgesetzes ausspricht, dass die Bundesrepublik ein sozialer Bundesstaat ist, so folgt daraus, dass der Staat die Pflicht hat, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen“ (BVG 1967 mit Schneider 2001, 34).

Damit ist einerseits die Zahlung von Transferleistungen gemeint, darüber hinaus geht es aber sicher auch um aktive Hilfe und somit um die Soziale Arbeit. Soziale Gegensätze sind dabei nicht allein auf ein pures ‚rich vs. poor‘- Schema beschränkt, sondern betreffen alle Bereiche, in denen gesellschaftliche Disparitäten bestehen (etwa ‚information poor‘ vs. ‚information rich‘ oder ‚education poor‘ vs. ‚education rich‘). Somit erfüllt die Soziale Arbeit einen Verfassungsauftrag (ebd.).



Ergänzend heißt es auch im §1 SGB I: „(2) Das Recht des Sozialgesetzbuchs soll auch dazu beitragen, daß die zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen.“

Hier ist eine politische Mandatierung offensichtlich: Die Aufgaben werden nicht nur durch den Staat wahrgenommen, sondern an Soziale Dienste und Träger weitergegeben. Konkret sind deren Mitarbeiter\*innen aufgefordert, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit zu realisieren, auch durch Gestaltung sozialer oder auch erzieherischer Hilfen, Maßnahmen und advokatorischem Handeln (Schneider 2001, 35-36).

#### Recht am Beispiel Jugendhilfe

Spezielle Paragraphen für die Jugendhilfe und das politische Mandat sind des Weiteren etwa in §12 SGB VIII enthalten. Hier wird festgehalten, dass die eigenverantwortliche Tätigkeit von Jugendgruppen und Jugendverbänden gefördert werden soll.

Grundlegend ist hierbei beispielsweise für den großen Bereich der Jugendhilfe §1, Abs. 3, Nr.4 SGB VIII Folgendes: „Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts, (...) insbesondere dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“ Eine weitere wichtige Vorschrift bezieht sich auf die Aufgaben und die Zusammensetzung der Jugendhilfeausschüsse in §71 SGB VIII: Ihr zufolge können Sozialarbeiter\*innen aus verschiedenen Positionen heraus (je nach Bundesland nach Abs. 5 etwas unterschiedlich geregelt) Ausschussmitglieder werden. Die Ausgestaltungsmöglichkeiten der Jugendhilfeausschüsse beziehen sich nach Abs. 2 auf die Weiterentwicklung der Jugendhilfe und deren Planung und die Förderung der freien Jugendhilfe. Im Gegensatz zu manchen anderen Zusammenschlüssen von Menschen, die Sozialarbeitspolitik machen, verfügt dieser nach Abs. 3 über eigene Beschlussrechte.

Die in diesem Kapitel aufgezeigten Gesetze und Rechtsprechungen ergeben grundsätzlich ein solides Fundament für das inhärente politische Mandat Sozialer Arbeit. Jedoch: „(...) Ordnungen und Prinzipien sind nicht immer explizit festgeschrieben oder schriftlich fixiert“ (Schneider 2001, 38), deswegen befasst sich der folgende Teil der Arbeit mit weiteren Gesichtspunkten der Inhärenz des politischen Mandates.

#### *4.3 Politisches Mandat und grundlegende Theorien Sozialer Arbeit*

Soziale Arbeit ist einem Menschenbild verpflichtet, das gesellschaftliche Verantwortung für Ungerechtigkeit, Ungleichheit und soziale Benachteiligung einfordert. Außerdem verpflichtet sie sich, für die Rechte und Bedürfnisse ihrer Klient\*Innen parteilich einzustehen (Seite

2012, 390). Die professionelle Grundhaltung der Sozialen Arbeit geht damit einher, dass die Klient\*innen Menschen mit eigenen, ‚eigensinnigen‘ Gedanken, Emotionen und Hoffnungen sind. Dies steht der Aktivierungspolitik entgegen. Ihre ökonomisierten, durchgetakteten Strukturen von Case- und Qualitätsmanagement können diesen Aspekten kaum nachgehen bzw. ihnen wird der Blick darauf verstellt (Seithe 2012, 298). „Aufgrund des Hauptinteresses der Aktivierungspolitik, nämlich der Eingliederung jedes Menschen in das Erwerbsleben, liegen alle anderen Aspekte, die nicht unmittelbar als Hemmnisse für die Arbeitsaufnahme gesehen werden, außerhalb des Blickwinkels“ (ebd.). Auch Staub-Bernasconi stellt fest, dass die neoliberale Variante der Sozialen Arbeit grundsätzlich den Bezug zu ihren Klient\*innen verliere (2007, 51).

#### 4.3.1 Jane Addams und Alice Salomon

Jane Addams (1860-1935), eine der Wegbereiterinnen der professionellen und wissenschaftsbasierten Sozialen Arbeit, eröffnete 1889 in Chicago das Hull House, eines der ersten „Siedlungshäuser“ in den USA, die Armen als Bildungs- und Sozialleistungszentren dienten. Ihre Erfahrungen veranlassten sie, urbane Sozialstrukturen höchst kritisch zu betrachten, die Stadt war für sie „(...) ein soziales Gebilde mit bestimmten, ungerecht verteilten Ressourcen, das auf die Bedürfnisse der Einwohner\*innen politische, sozialreformorientierte Antworten zu geben hat“ (Addams mit Staub-Bernasconi 2018, 46). Schon allein die Gründung des Hull House war zur damaligen Zeit ein deutlich politisches Signal, Addams, die sich auch in der Friedens- und der Frauenbewegung engagierte, war damit eine Pionierin von Gemeinwesenarbeit. Auf ihre Arbeit hatte sie immer einen weiten und explizit politischen Blick (Benz et al. 2013, 11, und verband „(...) kommunale und bürgerrechtspolitische Arbeit miteinander (...)“ (ebd.).

Auch Alice Salomon (1872-1948), eine weitere Begründerin der professionellen Sozialen Arbeit, verlangte ausdrücklich, dass soziale Politik gefördert werden solle und Fachkräfte (zu ihrer Zeit u.a. ‚Fürsorger‘ genannt) sich daran beteiligen sollten. Sie sprach sich dafür aus, dass die Wohlfahrtspflege sich in der Sozialgesetzgebung engagieren solle (ebd., 13). Und: „Einer auf Versöhnung sozialer Gegensätze gerichteten Sozialen Arbeit verpflichtet, bestand Salomon dabei darauf, dass Soziale Arbeit und soziale Gerechtigkeit nicht voneinander zu trennen seien“ (ebd., 14).

#### 4.3.2 Silvia Staub-Bernasconi

Silvia Staub-Bernasconi spricht von Sozialer Arbeit als einer Menschenrechtsprofession, deren Durchsetzung ohne politisches Handeln nicht realisierbar sei (Staub-Bernasconi

2008, 9). Sie sei, wenn sie ihre gesellschaftspolitische Rolle außer Acht lasse, nur noch eine halbierte Profession (Staub-Bernasconi 2005, 253-254). Soziale Arbeit müsse sich in Entscheidungsprozesse einmischen, die das soziale System insoweit verändern könnten, dass menschenrechtliche Standards und eine angemessene Befriedigung von Bedürfnissen gewährleistet seien (ebd., 254).

Und Bezug nehmend auf die in 4.1 erwähnten Ausführungen von Dieter Kreft (2001), der das politische Mandat ablehnt, stellt Staub-Bernasconi fest, dass selbst, wenn er recht habe, nicht mitbedacht sei, „(...) dass Gesetze wohl legal, aber nicht unbedingt auch ethisch legitim sind“ (Staub-Bernasconi 2018, 112). Staub-Bernasconi spricht oft vom ‚Tripelmandat‘. Soziale Arbeit mit Doppelmandat beschreibt sie als „weisungsgebundenen Beruf auf rechtlicher Basis“ (ebd.), diese Art der Sozialen Arbeit leiste im Auftrag von Gesetzen und der Verfassung ‚Hilfe und Kontrolle‘ und, je nach Staats- oder Regierungsform, auch ‚Hilfe als Kontrolle‘. Das bedeutet, dass beim Doppelmandat oftmals nur noch eine Art Mittlerfunktion zwischen staatlichem Auftrag und Ansprüchen der Adressat\*innen besteht, wirkliche Auftraggeber\*innen stellen letztere nicht mehr dar. Sodann erweitert Staub-Bernasconi das Bild um eine Dimension, das Mandat der Profession, zum Tripelmandat: Unabhängig von der jeweiligen Staats- und Regierungsform gibt diese sich ihren eigenen ethischen Kompass, welcher der Menschenrechte und dem Ziel sozialer Gerechtigkeit verpflichtet ist (ebd., 113). Kurz gesagt kann das Tripelmandat mit der Formel „Handeln nach bestem Wissen und Gewissen“ zusammengefasst werden: ‚Nach bestem Wissen‘ aufgrund der Wissenschaftsbasierung, die die Praxis haben sollte, ‚Gewissen‘, weil das dritte Mandat aufgrund der internationalen und nationalen Ethikcodices der Sozialen Arbeit ethisch basiert ist (ebd., 114). Hiermit wird also ein politisches Mandat dargestellt, fernab jeglicher Regierungspolitik.

#### 4.3.3 Hans Thiersch

Eine Theorie, die die Soziale Arbeit heute sehr grundsätzlich beeinflusst, ist die aus den 1970er-Jahren stammende „Lebensweltorientierung“ nach Hans Thiersch. Sie sieht den Menschen nicht abstrakt, sondern in seinen gesellschaftlichen Verhältnissen in alten und neuen Ungleichheiten (Thiersch 2000, 533). Schon in Thierschs allgemeiner Beschreibung Sozialer Arbeit scheint das politische Mandat durch: „Soziale Arbeit sucht Menschen zu helfen, zu ermutigen und zu befähigen, sich in ihren Verhältnissen als Subjekt dieser Verhältnisse zu erfahren“ (Thiersch 2014, 335). In der etwas genaueren Beschreibung wird Thiersch dann noch deutlicher (2000): „Lebensweltorientierte Soziale Arbeit konkretisiert ihre Aufgabe, soziale Gerechtigkeit in Lebensverhältnissen zu ermöglichen, in Bezug auf die Brüche, Krisen und Belastungen heutiger lebensweltlicher Erfahrungen“ (533). Soziale

Arbeit rückt damit in die Mitte der Gesellschaft und verpflichtet sich zur Einmischung in allen Politikbereichen, die mit der Gestaltung von Lebenswelten beauftragt sind (ebd.). „Ihre Aufgabe der Unterstützungen und Lernhilfen zur Lebensbewältigung und zur Gestaltung belastbarer Lebensräume profiliert sie als Politik des Sozialen, als Life-Politics“ (ebd.).

Eine Formulierung aus der Jugendhilfe verdeutlicht dies: „Lebensorientierte Fachlichkeit richtet sich kritisch gegen Disziplinzwänge von Obrigkeiten“ (ebd., 534). Und wenn man wie Franz Herrmann das Thema Lebensweltorientierung im Kontext zum Sozialraum sieht, so kommt man zu dem Ergebnis, dass es die professionelle Aufgabe der Sozialen Arbeit sein müsse, Entscheidungen in Politik und Verwaltung bezüglich Angeboten und Verteilung sozialer Leistungen vorzubereiten (Herrmann 2016, 460).

#### 4.3.4 Wolf Rainer Wendt

Auch bei einem weiteren bekannten Protagonisten der Sozialen Arbeit, Wolf Rainer Wendt, ist das politische Mandat aus der Sozialen Arbeit nicht wegzudenken. Das zeigt bereits der allererste Satz in seinem Buch „Ökologie und soziale Arbeit“ von 1982: „Der Vorgang, in einer Gesellschaft an den Lebensverhältnissen ihrer Angehörigen Anstoß zu nehmen und etwas mit dem Ziel zu tun, diese Verhältnisse zu bessern, wird, sofern er sich nicht in einzelnen Akten der Hilfe erschöpft, sondern, von der Gesellschaft als notwendige Aufgabe wahrgenommen, in ihr als ständiges Bemühen in Erscheinung tritt, *soziale Arbeit* genannt“ (Wendt 1982, 1). Soziale Arbeit hat also den Anspruch, die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse zu verbessern, und möchte nicht nur Individuen und einzelne Gruppen dabei unterstützen (Wendt 1982, 186). Gleichzeitig richtet sie sich auch „(...) innovatorisch an die Administration (...) mit der Zumutung, daß sie politisch bei der Wahrnehmung seiner Geschäfte den biosozialen Erfordernissen nachkommt“ (ebd.). Deutlich betont Wendt, dass die Betrachtung sozialer Praxis nicht ohne die politische Praxis zu denken sei: „Soziale Arbeit hat insoweit ein politisches Mandat, als sie individuelle problematische Lebenssituationen und daraus resultierende Bedarfe, die nicht schon mit privater Macht öffentlich behauptet werden, im Hinblick auf berechnete Ansprüche vertritt. (...) Nach Hinsehen und Feststellung, dass eine Notlage oder Hilfebedürftigkeit keine eigentümlich individuelle ist, taugt sie (...) für eine Vertretung auf politischer Ebene“ (Wendt 2010, 90). Wendt ist es ein Anliegen, Adressat\*innen zu politisieren, damit diese ihre Anliegen nicht nur formulieren und ansprechen, sondern – auch mit der Unterstützung der Sozialen Arbeit – Bündnisse schließen und Probleme öffentlich machen, was ansonsten „(...) von einer Bürokratie oder von einer Machtzentrale unter der Hand bewerkstelligt worden wäre (...)“ (Wendt 1982, 192). Außerdem bricht „(...) die ‚Politisierung‘ der Menschen zugleich ihre Isolation auf, in der sie alltäglich vom gesellschaftlichen, öffentlichen Leben entfernt und ihm entfremdet

sind. Politik gerät in die sinnliche Kommunikation der Menschen; sie sind wirklich beteiligt und erfahren beim Mitmachen, was es heißen kann, wenn von Demokratie als politische Lebensform die Rede ist“ (ebd.). Soziale Arbeit soll im weiteren Schritt Adressat\*innen darin unterstützen, dass die Anliegen von der gemeinschaftlichen auf die politische Ebene transferiert werden (ebd.).

#### *4.4 Mandatierung aufgrund historischer Ereignisse*

Auch auf dem Hintergrund historischer Ereignisse wurde viel diskutiert, welche Aufgabe Sozialer Arbeit zukommen kann: Wie kann, wie sollte ihr politisches Mandat aussehen, wenn etwa Fürsorgepflegende sich auf entpolitisierte Verantwortungshaltungen zurückziehen?

Beispielhaft für die Frage nach dem politischen Mandat sollen hier kurz die NS-Diktatur und der Bau der Atombombe betrachtet werden. Während der ‚Aufarbeitung‘ der NS-Diktatur nach 1945 wurde, sobald es um die Verstrickung von Institutionen wie Einzelnen in die Handlungen des NS-Unrechtsstaates ging, die Schuld- und Verantwortungsfrage oftmals brüsk zurückgewiesen: Man sei Zwängen und administrativen Abhängigkeiten ausgesetzt gewesen, man sei rein ‚fachlich‘ und ‚unpolitisch‘ den jeweiligen Aufgaben nachgegangen, alles sei im staatlichen Auftrag geschehen (Sorg 2001, 49). Ein politisches Mandat wurde nicht wahrgenommen, sei es aus Verdrängung, aus Angst, aus Ignoranz – oder aufgrund einer systemkonformen politischen Überzeugung und Haltung. Beim zweiten Beispiel, dem Bau einer Atombombe (oder einer ähnlich gefährlichen Waffe), stellt sich die Frage, welche Rolle Physiker\*innen, die diese Waffe entwickeln, ein- und annehmen können und müssen: Aufgrund Ihres Wissens tragen sie eine besondere Verantwortung, dieses Wissen in die Öffentlichkeit und in die politischen Entscheidungsgremien zu transportieren und sich in den Diskurs mit dem jeweiligen Expert\*innenwissen einzubringen (Sorg 2001, 49–50).

In zugespitzter Form machen diese beiden Beispiele nachvollziehbar, wie politisches Mandat aussehen kann und sollte – woraus sich auch für das politische Mandat der Sozialen Arbeit Überlegungen und Erkenntnisse ableiten lassen.

Auch in der Sozialen Arbeit gibt es Professionelle, die über besonderes Wissen und spezifische Kompetenzen verfügen, sei es im praktischen oder im wissenschaftlichen Sinne. Darauf basierend können sie soziale Probleme von verschiedensten Menschengruppen erklären und Lösungen ableiten (ebd., 50).

Mit Blick auf das Dritte Reich und die unselige Rolle, die Soziale Arbeit (damals oft als ‚Fürsorge‘ bezeichnet) in dieser Zeit spielte, meint Carl Wolfgang Müller, dass Soziale Arbeit grundsätzlich eine klare und eigenständige Ausrichtung in ethischer und professioneller Hinsicht haben muss. Er macht klar, dass die Fürsorge in weiten Teilen in das

bürokratische System von Auslese und Ausmerze involviert war (Müller 2006 mit Seithe 2012, 401): „[Viele] haben sich dagegen gewehrt und mussten für diese Gegenwehr bezahlen, viele haben stillschweigend geduldet und sind in die innere Emigration gegangen, viele haben, zum Teil aus Überzeugung, mitgemacht“ (ebd.), und es sei wichtig „(...) das historische Bewusstsein wach zu halten, dass auch Vertreter einer moralischen Profession nicht gefeit sind gegen die Versuchung, die moralischen Prinzipien dieser Profession gegen ein antihumanes Gegenbild einzutauschen“ (ebd.).

Auch deswegen kann und darf sich Soziale Arbeit heute nicht aus politischen Belangen heraushalten.

Die Ansicht, Soziale Arbeit wäre nicht politisch, hatte auch nach dem Dritten Reich weiterhin Bestand. Die Idee des ‚Helfens‘ stand für viele im Gegensatz zur politischen Selbstbestimmung (Stender und Kröger 2013, 7). Eine führende Persönlichkeit der Fürsorgewissenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg, Hans Scherpner, erklärte denn auch dezidiert, dass Fürsorge unpolitisch sei (Scherpner 1962 mit Stender und Kröger 2013, 7). Und er „legitimiert nicht nur die Willfährigkeit Sozialer Arbeit gegenüber jedem politischen System, sondern spricht (...) die ‚Fürsorge‘ (und damit auch sich selbst) nachträglich frei von jeder Verantwortung für die blutigen Verstrickungen in das Vernichtungssystem der Nazis“ (Stender und Kröger, 2013, 7). Mit Blick auf diese Tradition war die Niederschrift der Selbstbeschreibung der International Federation of Social Workers ein deutlicher Paradigmenwechsel: „Principles of human rights and social justice are fundamental to social work“ (IFSW 2014). Diese Definition zeigt eine (deutlich spätere) Reflexion der Zivilisationskatastrophen des vergangenen Jahrhunderts. Wenn man erkennt, dass die Ideologie des ‚helfenden Samariters‘ (die als unpolitisch interpretiert wird) die An- und Einpassung der Sozialen Arbeit in die staatliche Vernichtungsmaschinerie legitimierte, wird klar, dass es für die Soziale Arbeit unmöglich ist, sich auf politische Neutralität zu berufen (ebd., 8). Die Berufsdefinition nach IFSW „(...) legt (...) ein professionelles Selbstverständnis nahe, das herrschaftskritisch die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen hinterfragt sowie selbstkritisch die eigenen Organisationen, Arbeitsprinzipien und Methoden auf ihre gesellschaftlichen Funktionen hin reflektiert“ (Stender und Kröger 2013, 8).

#### *4.5 Politisches Mandat durch schwache Interessen*

Die Situation der Klient\*innen, mit denen die Soziale Arbeit zu tun hat, ist aufgrund ihrer unterschiedlichen Problemlagen meist durch sogenannte schwache Interessen gekennzeichnet. Laut Winter und Willems (2000) handelt es sich hierbei um „(...) eine relative Benachteiligung in der politischen Interessenkonkurrenz, die aus einer Minderausstattung mit den für die Artikulations-, Organisations-, Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit

notwendigen sozialen Eigenschaften resultiert“ (14). Soziale Arbeit wird gebraucht, um diesen Gruppierungen in politischer Hinsicht ausreichend Gehör zu verschaffen, da es sich fast grundsätzlich um strukturell benachteiligte Gruppen der Bevölkerung handelt, um „(...) Personenkreise, deren Interessen in der politikwissenschaftlichen Interessengruppenforschung herkömmlicherweise den sogenannten schwachen, d.h. ressourcenarmen, politisch nur schwer organisierbaren und in ihren Einflusschancen signifikant begrenzten Interessen zugerechnet werden“ (Toens und Benz 2019, 11). Das ausgeprägte Vorhandensein von schwachen Interessen macht sich nicht nur dadurch bemerkbar, dass es keine ausreichende Fähigkeit und Bereitschaft zu kollektivem Handeln gibt, sondern schlägt sich auch in einem deutlichen Mangel an Durchsetzungsfähigkeit in politischer Hinsicht nieder (Winter 2019, 31). Aufgrund mangelnder Ressourcen sind schwache Interessen grundsätzlich im Nachteil gegenüber starken Interessen, weil sie weniger Möglichkeiten haben, Lobbys zu bilden und darin aktiv zu sein etc. Hier wird die massive politische Unterlegenheit deutlich, die sich auch in der Ungleichmäßigkeit bezüglich der politischen Repräsentation zeigt (ebd., 32): „Gemessen an der Zahl der jeweiligen Organisationen dominieren die Wirtschaftsinteressen über alle anderen Interessen, vor allem aber über die schwachen Interessen“ (ebd.). Zusätzlich zu dem ohnehin schon großen Gefälle zwischen starken und schwachen Interessen besteht, wie in einer US-Studie festgestellt wurde, innerhalb der bestehenden Interessenvertretungen auch noch ein internes Gefälle: In den Führungspositionen sitzen zu meist die Eliten jener Personengruppen, die dazu tendieren, eher ihre eigenen Interessen zu verfolgen als die der gesamten respektive der schwächeren Mitglieder (Strolovitch 2014 mit Winter 2019, 33).

#### *4.6 Politik Sozialer Arbeit*

Nachdem nun die Inhärenz des politischen Mandates eingehend verhandelt worden ist, stellt sich die Frage, was denn eine Politik der Sozialen Arbeit sei, wie sie sich auswirkt, wo sie stattfindet und was sie eigentlich beinhaltet.

Bei Trägern und Einrichtungen, bei Nutzer\*innen und Adressat\*innen der Sozialen Arbeit und ebenso an Hochschulen dieser Disziplin stehen immer Konfliktfelder im Mittelpunkt, also soziale Zusammenhänge, die von verschiedenen, oft widerstreitenden Interessen geprägt sind. Politik der Sozialen Arbeit – so eine mögliche Definition – muss diese Zusammenhänge verstehen, damit in der Folge und in der Konsequenz im Sinne der Klient\*innen umgehen, Kooperationen und Bündnisse bilden. (Kessl und Stövesand 2014, 18). „(...) Politik ist der Ort, das Tun, bei dem der Dissens seinen Platz und seine Zeit findet, bei dem die bestehende Ordnung infrage gestellt wird, ja unterbrochen wird“ (ebd.).

Sozialarbeitspolitik hat eine ursprünglich politische Ebene, sie setzt staatliche Sozialpolitik um und verortet sich inmitten von gesellschaftspolitischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen (Lob-Hüdepohl 2013, 85) und „(...) indem sie zwischen System und den Menschen der Gesellschaft vermittelt und deren Überleben unter den gegebenen politischen Bedingungen zu sichern versucht“ (Seithe 2012, 398-399). Soziale Arbeit ist also ein politisches Handlungsfeld, weil sie sich stets zwischen Hilfe und Kontrolle, zwischen Anpassung und Befreiung bewegt, sie steht immer in der Divergenz von der Umsetzung staatlicher Sozialpolitik und gleichzeitiger Widerstands- und Kritikfähigkeit dazu (Benz et al. 2013, 8).

#### 4.6.1 Die vier Schritte von Politik Sozialer Arbeit

Vier grundlegende Funktionen zeigen die Verbindungen zwischen Politik, politischem Handeln und der Sozialen Arbeit (Kulke 2019, 261): „[Soziale Arbeit] setzt politische Entscheidungen um (Implementationsfunktion), berät Politik (Politikberatungsfunktion), vertritt advokatorisch die Interessen ihrer Klientel, verfolgt berufs- sowie verbandspolitische Eigeninteressen (Interessenvertretungsfunktion) und aktiviert zu politischem Handeln (Ermächtigungsfunktion, politische Bildung)“ (Rieger 2013, 55).

Im Einzelnen stellen sich diese vier Funktionen folgendermaßen dar:

- Politikimplementierung

Soziale Arbeit agiert politisch und macht konkrete Politik zunächst in der Phase der Politikimplementierung. Hierbei handelt es sich sozusagen um angewandte Sozialpolitik. Soziale Arbeit setzt Vorgaben (Gesetze, Programme) um, indem sie sie auf individuelle und bestehende Problemlagen anpasst und anwendet. So trägt sie bewusst oder unbewusst dazu bei, Verhältnisse in der Gesellschaft beizubehalten, zu stabilisieren oder deren Rahmenbedingungen zu verändern (Benz und Rieger 2015, 46-47).

- Soziallobbying/Interessenvertretung

„Soziale Arbeit vertritt Interessen“ (ebd., 47). Jeder Versuch, politische Entscheidungsinstanzen zu beeinflussen, ist Soziallobbying. Dahinter steht die Absicht, eigene (professionelle) oder advokatorisch übernommene Interessen durchzusetzen. Wichtige Mittel zur Durchsetzung sind Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit. Außerdem findet Lobbying in Gremien statt, in denen Professionelle der Sozialen Arbeit vertreten sind (ebd., 47).



- Politikberatung

Hier wird die Politik auf wissenschaftlicher Basis über Entstehungsbedingungen und Kontinuitäten sozialer Probleme und dazu passende Lösungs- und Interventionsmöglichkeiten informiert (ebd.)

- Politische Bildung

Politische Bildung ist wichtig zum Zweck des Empowerments der Adressat\*innen, damit diese ihre eigenen, meist unterprivilegierten Interessen selbst vertreten können. Die Adressat\*innen werden durch die Förderung ihres politischen Bewusstseins befähigt, sich selbst zu organisieren und zu vertreten. Soziale Arbeit soll dazu beitragen, dass Adressat\*innen diese Fähigkeiten erlangen und auch ihren Zugang zur Demokratie/ihre demokratische Einstellung fördern (ebd.).

#### 4.6.2 Sozialarbeitspolitik schon im Kleinen – Mikropolitik

Dass Soziale Arbeit gar nicht unpolitisch sein kann, zeigt sich schon im Kleinen und Alltäglichen: Je nachdem, wie sich ein\*e Sozialarbeiter\*in als Repräsentant\*in des Staates gibt, wird dies beispielsweise als zugewandt, unterstützend, advokatorisch empfunden oder im Gegenteil beispielsweise als argwöhnisch, kontrollierend, überprüfend oder misstrauisch im Hinblick darauf, ob die Adressat\*innen denn überhaupt leistungsberechtigt seien (Lorenz 2006, 268). Der/die Sozialarbeiter\*in kann dem Adressaten/der Adressatin entweder das Bewusstsein vermitteln, einseitig abhängig und wenig wert zu sein, oder aber als Vertreter\*in einer Menschenrechtsprofession auftreten, „(...) die zum Zwecke der Befähigung und Befreiung unterprivilegierter Menschen selbst zu einem sozialen Wandel beitragen will (...)“ (Lob-Hüdepohl 2013, 86). Die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession kann im Hinblick auf die Bedeutung der Menschenrechte nicht anders als politisch gesehen werden: „[Die Menschenrechte] bilden in ihrer Gesamtheit wie in ihrer Unteilbarkeit die strukturellen Ermöglichungsbedingungen der Menschenwürde bzw. eines menschenwürdigen Lebens, das sich auf dieser Grundlage auf sein Gelingen und Glücken auszurichten vermag“ (Lob-Hüdepohl 2013, 93).

„Mikropolitik meint [also] jene elementaren Interaktionen und Kommunikationen, aus denen sich politische Prozesse zusammensetzen. Gemeint sind alltägliche Praktiken (Vier-Augen-Gespräche, Telefonate, Reden, Texte verfassen usw.) sowie komplexere Interaktionszusammenhänge (Gremien, informelle Zirkel, Versammlungen, Parteitage usw.) innerhalb von Institutionen und Organisationen“ (Benz und Rieger 2015, 173). Es handelt sich folglich um kleinste Zusammenhänge, in denen Aktivitäten wie informieren, überzeugen, abstimmen, oder auch anordnen, drohen oder manipulieren erfolgen (ebd.).

#### 4.6.3 Politik Sozialer Arbeit als Form sozialer Hilfe

Politik zu machen kann sogar als eine Form von sozialer Hilfe fungieren: Wenn es die Aufgabe der Politik ist, Menschen bei der Inklusion zu unterstützen, dann beinhaltet dies auch die Inklusion in das politische System, was einerseits ein advokatorisches Handeln bedeutet, andererseits aber auch Adressat\*innen möglichst bei der Befähigung unterstützt, politisch aktiv zu werden und ihre Interessen zu vertreten (Rieger 2013, 58). Ohne eine Politisierung einer solchen aus Adressat\*Innen gebildeten Gruppe würde es sich um eine „bloße Selbsthilfegruppe“ (Wendt 1982, 192) handeln. Die Soziale Arbeit werde besonders dafür gebraucht, die Adressat\*innen in der mühevollen öffentlichen Auseinandersetzung und der beharrlichen Konfrontation mit der Politik zu unterstützen (ebd.).

#### 4.6.4 Lobbys, Verbände und Organisationen für Politik Sozialer Arbeit

Soziale Arbeit übt Politik nicht nur durch einzelne Mitarbeitende in der Sozialen Arbeit aus. Dies geschieht auch durch ganze Einrichtungen, die sich positionieren, und durch Verbände, in denen sich Menschen zusammenschließen, um Einfluss zu nehmen auf Rahmenbedingungen des eigenen beruflichen Handelns (das durch politische Entscheidungen bestimmt ist), sowohl im eigenen Sinne als auch im Sinne der Adressat\*innen. Diese Lobbyarbeit ist eine Mischung aus Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit und Beratung der Politik. Wichtige Bestandteile sind hierbei das Bereitstellen von Datenmaterial, die Zusammenarbeit mit Interessengruppen und die Bündelung von Ressourcen (Dischler 2014, 112).

Verbände eignen sich, um Ressourcen zu bündeln und um zu erreichen, dass Qualität und Quantität von individuellen Hilfen steigen. Durch sie kann politische Einflussnahme erhöht werden, um Hilfeleistungen und damit letztendlich die Lebensbedingungen von Adressat\*innen zu verbessern. Verbände sind beispielweise das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche (EKD), der Deutsche Caritasverband (DCV) oder die Arbeiterwohlfahrt (AWO). Ein spezieller Berufsverband für die Soziale Arbeit ist z.B. der Deutsche Berufsverband Sozialer Arbeit (DBSH) (Benz und Rieger 2015, 36-37).

Den Wohlfahrtsverbänden gelingt es oft, advokatorisch und empowernd schwache politische Interessen zu unterstützen, teilweise auch in Bündnissen mit Dritten (Benz und Rieger 2015, 188). Andererseits sind viele Sozialarbeiter\*innen mit Lobbyarbeit nicht vertraut – oft wird deren Notwendigkeit nicht gesehen, und die Einflussmöglichkeiten des eigenen Einsatzes werden unterschätzt. Außerdem gilt es oft als nicht angebracht, sich innerhalb der Profession zu politisieren, vielen erscheint dies unredlich und mit einem Makel behaftet, Politik zu machen überlasst man anderen. Übersehen wird dabei, wie wichtig die eigene politische Aktivität ist, weil dadurch andere politische Interessenvertreter kontrolliert werden

und ein Gegengewicht geschaffen wird. Soziale Arbeit wird tendenziell eher als Ausführungsorgan von Politik denn als politische Akteurin gesehen (Engemann et al. 2007, 146).

Trotzdem sind hinsichtlich der politischen Professionalisierung und der Wahrnehmung des politischen Mandats einige Erfolge/Festschreibungen von Verbänden erzielt worden.

Auf internationaler Ebene hat sich die International Federation of Social Workers (IFSW) mit der Definition ihrer Profession (IFSW 2014) und ihren ethischen Prinzipien (IFSW 2018) klar zum politischen Mandat der Sozialen Arbeit bekannt. Mehrere Fachkongresse und Tagungen, beispielsweise ausgerichtet vom DBSH, haben sich in den letzten Jahren mit dem politischen Mandat Sozialer Arbeit beschäftigt, was wiederum zu Publikationen und Veröffentlichungen führte. Fach- und Berufsverbände sowie Gewerkschaften haben gemeinsame politische Kampagnen initiiert, und es haben sich wieder Arbeitskreise gebildet, die kritische Soziale Arbeit auf ihrer Agenda haben (Benz und Rieger 2015, 191).

Des Weiteren findet sich die Inhärenz des politischen Mandats in Definitionen Sozialer Arbeit wieder, etwa im Qualifikationsrahmen Sozialer Arbeit des Fachbereichstag Soziale Arbeit (2016).

Und es existiert innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) (2019) eine eigene Sektion für Politik Sozialer Arbeit.

#### *4.7 Parteilichkeit*

Im Rahmen dieses Kapitels über das politische Mandat und die Politik Sozialer Arbeit soll nun noch ein genauerer Blick auf die in dem Zusammenhang konsequenterweise wichtige Parteilichkeit gegenüber den Klient\*innen geworfen werden und auf das, was darunter zu verstehen – und nicht zu verstehen – ist.

Angesichts der bereits aufgeführten Problematiken stehen Professionelle aus der Sozialen Arbeit in ihren vielen verschiedenen Handlungsfeldern in der Regel unter großem Handlungs- und Entscheidungsdruck.

Wer Entscheidungen trifft, muss bei nicht auflösbaren Handlungskonflikten häufig Partei ergreifen für eine Position, für eine Seite. Im Fall der Sozialen Arbeit, deren Arbeitsbereiche häufig im Zusammenhang gesellschaftlicher Interessen stehen, ist dies oft eine explizit politische Entscheidung, also eine Parteilergreifung im Sinne von ‚parteilich sein‘, (Sorg 2001, 52).

Wichtig erscheint an dieser Stelle, ‚parteilich‘ klar von ‚parteiisch‘ abzugrenzen. Letzteres würde auf einen Lobbyismus zutreffen, der, ohne Kompromisse und ohne den Gesamtzusammenhang zu betrachten, rücksichtslos seine Partikularinteressen durchsetzen will. Parteilichkeit hingegen beinhaltet zwar auch die Vertretung von Interessen, im Falle der

Sozialen Arbeit die Interessen im Sinne der Klient\*Innen. Sorg schreibt dazu, dass von der Parteilichkeit der Professionellen allerdings zu erwarten sei (ebd.), "(...) dass er seine Parteinahme im Blick auf den Gesamtzusammenhang der Akteure und ihrer Interessen, auf die jeweilige Legitimität hin (also auch auf berechnete entgegenstehende Belange hin) prüft und abwägt gemäß zu begründender normativer Orientierungen (...)" (ebd.). Es geht also auch darum, andere Interessen und Akteure im Gesamtzusammenhang zu sehen (Sorg 2001, 52). Benz und Rieger (2015) warnen jedoch „(...) vor dem anmaßenden Paternalismus und der realen Selbstüberschätzung, die sich hinter dem Anspruch [des politischen Mandats] verbergen“ (9-10). Gefordert ist politische Professionalität, die sich nicht darin erschöpft, Konzepte einfach unhinterfragt zu übernehmen. Auch das politisierte Denken sollte reflektiert und kritisch hinterfragt werden. Eine Emotionalisierung, die zum Verlust kritischer Distanz führen kann, ist genauso wenig hilfreich wie die Entwicklung eines Paternalismus, der die Interessen von Klienten nur als Vorwand für die eigenen Machtinteressen benutzt (Benz und Rieger 2015, 190).

## **5. Was ist zu tun? – Handlungsoptionen**

### *5.1 Kritische Soziale Arbeit und ihre Voraussetzungen*

Es gab und gibt eine nicht-hegemoniale Soziale Arbeit „(...) von Jane Addams über Siegfried Bernfeld, Janusz Korczak in die Sozialarbeitsbewegung der 70er Jahre (...)“ (Stender und Kröger 2013, 9) bis in die heutige Zeit. Deren Ziel war und ist soziale Gerechtigkeit. Dies kann unter dem Sammelbegriff ‚kritische Soziale Arbeit‘ zusammengefasst werden (ebd.) – vgl. hierzu auch Anhorn et al. 2012).

Seit der Neuen Steuerung in den 1990er Jahren über den Aktivierenden Staat bis in die heutigen Tage hat sich das neoliberale System so verfestigt, dass es manchem so erscheinen mag, als wäre dies immer so gewesen (Stender und Kröger 2013, 9). Deswegen sollten die neoliberalen Positionen von einer kritischen Sozialen Arbeit gegenüber der Gesellschaft klar und deutlich benannt und ihre auch wissenschaftlich nicht akzeptablen Schlussfolgerungen aufgedeckt werden (Seithe 2012, 414). Tiefgreifende Veränderungen wie diese sind nicht von heute auf morgen möglich, daher ist es von großer Bedeutung, dass Praktiker\*innen und Wissenschaftler\*innen bestimmte Haltungen und Erkenntnisse vermittelt werden:

- die Erkenntnis, dass Probleme der Klientel wie auch der Profession keine zwingend natürlichen Vorgänge, sondern dass sie menschlichen Ursprungs sind (Seithe 2012, 423). Es ist nötig, ein Bewusstsein für die politischen Hintergründe zu entwickeln, zu zeigen, dass solche Prozesse immer auf handfesten politischen Entscheidungen fußen, die wiederum von bestimmten politischen Interessen geleitet sind (Seithe 2014, 47);

- die Bereitschaft sich zur Wehr zu setzen, für Rechte und Interessen einzustehen, sich nicht anzupassen – aus welchen Gründen (Angst, Faulheit, Pragmatismus) auch immer (Seithe 2012, 423);
- die Einsicht, dass es erforderlich ist, sich mit anderen Menschen, die gleiche oder ähnliche Interessen haben, zusammenzutun und zu vernetzen, um gemeinsam gegen Missstände vorzugehen (ebd.).

Der kritische Blick beinhaltet auch einen kritischen Ansatz von Politik. Dieser Ansatz ist in der Politikwissenschaft aber tendenziell ebenso wenig verbreitet wie der kritische Ansatz in der Sozialen Arbeit (Hirschfeld 2015, 26). In beiden Bereichen „(...) finden sich ideologische Konzepte, die Verschleiern und Vertuschen, Anpassung, Ein- und Unterordnung forcieren“ (ebd.). Und es ist „(...) festzustellen, dass die institutionellen und organisatorischen Strukturen, in denen sich Sozialarbeit tatsächlich vollzieht, eher entpolitisieren, eher an die bestehenden Verhältnisse anpassen, eher kontrollieren, eher dazu beitragen, gesellschaftliche Konflikte zu vertuschen“ (ebd., 27).

## *5.2 Grundsätzliche Ablehnung der Prinzipien des Aktivierenden Staates*

Innerhalb der Sozialen Arbeit sollte die politische Legitimation wieder bewusst und neu entdeckt werden. Das eigene politische Handeln sollte sich nicht darin erschöpfen, auf der eigenen Fachlichkeit zu bestehen, sondern durch die fachliche Arbeit mit den Klient\*innen und auch in Öffentlichkeit und Politik wirksam werden (Seithe 2012, 412-413).

Um diese professionelle Qualifikation auch wirkungsvoll politisch umzusetzen, ist es unumgänglich, mit den Macht ausübenden Personen und Institutionen der Politik eine klare und konfrontative Auseinandersetzung zu führen, wobei das Einklagen einer Beteiligung an fachpolitischen Entscheidungen genauso wichtig ist wie die Möglichkeit, fachlich über die eigene Profession zu bestimmen. Vor allem Letzteres muss unbedingt im Bewusstsein bleiben, da die Politik gemeinsam mit ihrer Verwaltung und Bürokratie in vielen Fällen versucht, die Soziale Arbeit in ihrem Sinne zu vereinnahmen – sinnbildlich gesprochen: das eigene ‚Boot‘ als das der Profession auszugeben. So wird die Sichtweise der Politik dargestellt als die der Profession, was es der Politik ermöglicht, Effizienzkriterien den Vorzug zu geben vor fachlichen Kriterien oder auch sachlich unangemessene oder unsinnige Aufträge zu erteilen (Seithe 2014, 44-45). Diese Vereinnahmung der Sozialen Arbeit seitens des Aktivierenden Staates und damit der Marktlogik muss entschieden zurückgewiesen werden: Eine Gesellschaft, die an sozialer Gerechtigkeit interessiert ist, muss bestimmte Bereiche außerhalb des Marktparadigmas regeln bzw. darf nicht alles Marktmechanismen

überlassen: Dem Marktsystem sind hohe Gewinne grundsätzlich wichtiger als das Wohlergehen von Schutzbefohlenen oder gar die Wahrung der Menschenrechte (Seithe 2012, 385).

Soziale Arbeit muss die gesellschaftlichen Bedingungen in ihre Problemlösungsstrategien einbeziehen und bearbeiten. Um nachhaltige und langfristige Lösungen zu erarbeiten, braucht sie nicht nur die Anerkennung ihrer speziellen Arbeitsbedingungen, es müssen auch adäquate Voraussetzungen und genügend Raum für Entscheidungen gegeben sein, ebenso passende zeitliche Rahmenbedingungen und eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Hinzu kommen angemessene Arbeitsbedingungen –Tendenzen prekärer Beschäftigung im Bereich der Sozialen Arbeit muss unbedingt entgegengetreten werden, und auch die zunehmende Praxis der Deprofessionalisierung, d.h. der Einsatz von nicht oder unzureichend qualifiziertem Personal im Bereich der Sozialen Arbeit (ebd., 385-386), muss umgehend gestoppt werden (ebd., 385-386).

Da der Aktivierende Staat sich weitgehend von gesellschaftlichen Werten wie Gleichheit und Gerechtigkeit verabschiedet hat und die Soziale Arbeit diesem (marktorientierten) Bild unterzuordnen sucht, muss sich Soziale Arbeit mit diesem Menschenbild auseinandersetzen, darf sich keinesfalls damit identifizieren und muss klarstellen, dass es dem Aktivierenden Staat darum geht, Soziale Arbeit zu instrumentalisieren und damit zu einer bloßen Sozialtechnik zu degradieren (ebd., 387).

### *5.3 Träger, Netzwerke und öffentlicher Diskurs*

Für die Träger, die durch das ökonomisierte System in – oft scharfer – Konkurrenz zueinander stehen, bedeutet dies, selbst einen Paradigmenwechsel zu vollziehen: Sie müssen Abstand gewinnen vom Konkurrenzdenken und den Fokus darauf richten, dieses von den öffentlichen Trägern installierte System zu durchbrechen, indem sie zusammenkommen, sich vernetzen und gemeinsame Forderungen und Grenzziehungen formulieren (Seithe 2014, 48).

Neben lokalen und regionalen Bündnissen, die geschlossen werden sollten, sind die Landesarbeitsgemeinschaften ein gutes Beispiel für Vernetzung. Hierbei handelt es sich um netzwerkartige Formen der Organisation, die als eine Art Professionalisierungsagentur fungieren. Vernetzt und gleichzeitig qualifiziert verbinden sie verschiedenen Handlungsfelder, sie machen Öffentlichkeitsarbeit und positionieren sich fachlich (Hollenstein und Reinecke-Terner 2014, 181).

Um diese Themen auch in den gesellschaftlichen Diskurs zu bringen, ist eine offensive Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, die die derzeit begrenzten Möglichkeiten und Probleme von Sozialer Arbeit benennt. Eine solche Öffentlichkeitsarbeit muss sich entscheidend von

den bereits erwähnten Hochglanzbroschüren vieler Träger unterscheiden, die in erster Linie die beruhigende Nachricht vermitteln sollen, letztlich wäre doch alles in Ordnung. Ein verstärktes Auftreten im Internet ist hier ebenso wichtig wie die dazugehörige – unter Sozialarbeiter\*innen manchmal noch nicht ausreichend ausgeprägte – Medienkompetenz (Seithe 2014, 43-44).

#### *5.4 Finanzierung*

Soziale Arbeit, die sich als parteiliche Interessenvertretung ihrer Klient\*innen versteht, muss sich dafür einsetzen, dass sie in dieser Funktion von der Gesellschaft und vom Staat akzeptiert wird. Sie muss auf dem Mandat bestehen, das sie von den betroffenen Menschen erhält und das nicht vom staatlichen Mandat aufgehoben werden kann. Ihre Aufgabe ist es, Hilfe anzubieten für sozial benachteiligte Menschen, auch wenn diese Hilfe nicht im Sinne eines strikt wirtschaftsorientierten Marktes ausfällt. Deshalb muss Soziale Arbeit auch für solche Arbeitsfelder Finanzierung einfordern, die nicht den Effizienzkriterien des Aktivierenden Staates entsprechen (Seithe 2019, 391).

Bei aller Bedeutung der angesprochenen und dringend erforderlichen Handlungsoptionen: Es geht nicht darum, unbegrenzte Mittel für die Soziale Arbeit zu fordern oder einzusetzen. Wichtig ist auch die „(...) Respektierung der Grenzen der Rationalisierbarkeit Sozialer Arbeit – selbstverständlich bei Sicherstellung einer effizienten Verausgabung der Mittel“ (ebd., 386). Natürlich hat Soziale Arbeit die Aufgabe, mit ihren zur Verfügung gestellten Mitteln möglichst effektiv und effizient umzugehen, auch sie steht nicht außerhalb von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten (ebd., 386). „Aber sie stellt den Anspruch, dass sie selber es ist, die als Disziplin und als Profession Fragen von Wirkung und Erfolg, von Methoden und Zielperspektiven fachlich ableitet. Sie will nicht ihre Fachlichkeit, ihre Ethik und die Definition ihrer Aufgaben und Zielgruppen durch einen sie umfunktionierenden und sie sich selber entfremdenden Ökonomisierungsprozess verlieren“ (ebd, 386).

#### *5.5 Besondere Herausforderungen an Fachkräfte in der sozialarbeiterischen Praxis*

Besonders anspruchsvolle Aufgaben haben die Mitarbeiter\*innen in der sozialarbeiterischen Praxis zu bewältigen. Als diejenigen, die täglich unter Handlungsdruck stehen, müssen sie sich neoliberalen Vorstellungen von Sozialer Arbeit immer wieder entgegenstellen. Dies kann Auseinandersetzungen bedeuten bis hin zum Mobbing oder sogar zum Verlust des Arbeitsplatzes. Und gerade sie sind es, an denen sich entscheidet, ob neo-liberale Politik weiterhin ihr Ziel erreicht, Menschen in nützliche Elemente einer Gesellschaft

umzufunktionieren, die sich in erster Linie am Gewinn orientiert (Seithe 2014, 41-42).

Fachliche politische Verantwortungsübernahme der einzelnen professionellen Fachkraft in der Sozialen Arbeit „(...) kann sich niederschlagen z.B. in der Mitarbeit an Armutsberichten und der Formulierung von daraus abgeleiteten Vorschlägen für entsprechende politische Maßnahmen (von der kommunalen bis zum Bundes- oder sogar internationalen Ebene)" (Sorg 2001, 50). Das Engagement in öffentlichkeitswirksam arbeitenden Initiativen beispielsweise stellt eine Möglichkeit dar, politische Verantwortung zu übernehmen, ebenso die Mitarbeit in Parteien oder in politischen Entscheidungsgremien wie etwa Gemeinderäten.

Für die Profession ist es außerdem wichtig, stärker gewerkschaftlich und berufsständisch organisiert zu sein und sich mittels dieser Gremien in Politik einzumischen und auch Positionen durchzusetzen. Diese Gruppierungen sollten gut organisiert und vernetzt sein, um ein entsprechendes politisches ‚Gewicht‘ zu haben. Das Engagement vieler kleiner und eher loser Verbindungen und Gruppierungen oder gar von Einzelkämpfer\*innen ist zwar loblich, doch können diese wenig bewirken (Maus 2016, 91-92).

Hierbei ergibt sich jedoch ein Problem: Dieses Engagement werden die wenigsten Sozialarbeiter\*innen innerhalb ihrer Arbeitszeit leisten können. Träger sind meist wenig daran interessiert, an den vorherrschenden Umständen allzu viel zu ändern. Deswegen werden die Fachkräfte vorerst nicht umhinkommen, dies in ihrer Freizeit zu tun (ebd.).

Die Ergebnisse aus Diskursen und der Forschung sollten dann unbedingt auch entsprechenden Eingang finden in die alltägliche Arbeit. In vielen Situationen wird man Mut brauchen anzuecken und muss Zivilcourage besitzen, wird sich mit gegenläufigen Positionen von Kolleg\*innen und Vorgesetzten auseinandersetzen müssen, um ggf. erst einmal eine Streitkultur auf den Weg zu bringen, die sich mit verschiedenen Positionen angemessen auseinandersetzt (ebd.).

Besonders wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, dass sich die sozialarbeiterische Praxis mit Lehre und Wissenschaft vernetzt, damit beide nicht gegeneinander arbeiten, sondern konstruktive Bündnisse eingehen (ebd.).

## *5.6 Besondere Herausforderungen an die Hochschule, Lehrende, Studierende und Wissenschaft*

### 5.6.1 Wissenschaft und Hochschule

Die kritische Wissenschaft sollte nicht distanziert auf die Klient\*innen und die Profession herabschauen, sondern auch in dezidiert wissenschaftlichem Ansatz eine Parteilichkeit für Klient\*innen und Sozialarbeiter\*innen zeigen (Seithe 2012, 426). Wissenschaft und Praxis



der Sozialen Arbeit sollten sich im Ringen mit der neoliberalen Politik stärker miteinander verbünden. Die kritische Praxis braucht in der Diskussion die Erklärungen, die Argumente und die Theorien der kritischen Wissenschaft. Diese müssen jedoch so verständlich sein, dass wirklich alle Beteiligten eine Verbindung miteinander herstellen können (Seithe 2014, 41).

Die kritische Wissenschaft sollte des Weiteren einen Beitrag dazu leisten, Bedingungen für die Veränderung der Gesellschaft zu erforschen, wozu gehört, „(...) dass sie die Modernisierungsfolgen in der Sozialen Arbeit verständlich, nachvollziehbar und für die Praxis wieder erkennbar und in ihren Konsequenzen wie Hintergründen durchschaubar macht, dass sie also heraustritt aus dem Elfenbeinturm und die Situation der Sozialen Arbeit und der Gesellschaft nach außen verdeutlicht und klar und laut mitteilt, welche Folgen die Gesellschaft hiermit in Kauf nimmt“ (Seithe 2012, 426).

Aus der in vielerlei Hinsicht problematischen aktuellen Situation lässt sich durchaus auch Hoffnung schöpfen: „Vielleicht bietet der gegenwärtige sozialpolitische Rollback ja sogar die Möglichkeit, zumindest in der Hochschule, nachzudenken, in Ruhe nachzudenken, ohne immer sofort auf die aktuellen Umsetzungsmöglichkeiten schauen zu müssen“ (Hirschfeld 2015, 27.28). Möglicherweise ist dies eine Gelegenheit für die Wissenschaft, durch intensive theoretische Arbeit bessere Voraussetzungen zu bilden „(...) für die Schaffung einer (zukünftigen) Orientierungsfunktion kritischer Theorie in Wissenschaft und Studium“ (Hirschfeld 2015, 28).

#### 5.6.2 Lehre und Studierende

Den Hochschulen kommt eine wichtige Bedeutung zu, da sie die Sozialarbeiter\*innen und auch die Wissenschaftler\*innen von morgen ausbilden – und nicht selten sind es neue Absolvent\*innen, die sich neosoziale Arbeitsauffassungen zu eigen machen. Hochschullehrer\*innen haben Vorbildcharakter für die werdenden Sozialarbeiter\*innen, daher ist es in der Lehre wichtig, die Kernaussagen der Menschenrechtsprofession Soziale Arbeit deutlicher hervorzuheben, ebenso die Alleinstellungsmerkmale der Profession und ihres Auftrags (Seithe 2012, 429-430). Studierenden sollten weitreichende Einblicke und das Bewusstsein für gesellschaftliche Probleme vermittelt werden (Seithe 2014, 43), und ihnen sollte von den Hochschulen die Fähigkeit mitgegeben werden, auch öffentlichkeitsbezogen darzustellen, „(...) worin der spezifische Auftrag und Ansatz der Sozialen Arbeit liegt, die Vermittlung dessen also, was Professionalität bedeutet und was sie gefährden kann (...)“ (Seithe 2012, 430). Im Mittelpunkt stehen sollte dabei u. a. die Auseinandersetzung mit Fragen der Ökonomisierung und den Forderungen des Aktivierenden

Staates, aber auch die kritische Beschäftigung mit den Menschenbildern, die in der momentanen Praxis der Sozialen Arbeit vorhanden sind (ebd.).

Doch Theorie allein ist zu wenig: Es sollte auch Aufgabe sein, Studierenden erlebbar zu machen, wieviel besser es für die eigene Arbeitszufriedenheit ist, sich aktiv und offensiv mit Problemlagen auseinanderzusetzen, als sich nur mit ihnen zu arrangieren. Ähnliche Erfolgserlebnisse könnten sich einstellen, wenn Studierende die praktische Erkenntnis ermöglicht würde, dass gemeinsames Handeln und Solidarität sich letztlich lohnen (Seithe 2012, 431). Dies würde auch das Selbstbewusstsein der Studierenden in hohem Maße fördern, was wiederum nötig ist, damit sie sich später auch härteren Auseinandersetzungen im Berufsleben stellen können. Studierende sollten außerdem durch die Hochschulen ermutigt werden, sich gegenseitig in ihrer Politisierung zu unterstützen (Seithe 2014, 43). Hierfür müssten die Hochschulen allerdings vorab „(...) selbstkritisch darauf (...) schauen, wo ihre Studiengänge selber zu einer Entsolidarisierung der Studierenden beitragen (...)“ (Seithe 2012, 431).

Im Studium wäre es von Bedeutung, dass die Lehrenden mehr auf den Verbund und die gegenseitige Abhängigkeit von Hochschule, Wissenschaft und Studium aufmerksam machen und mit den Studierenden diskutieren. Auch wäre es sinnvoll, bei den Studierenden zu fördern, sich kritisch mit dem Studium auseinanderzusetzen, diese kritische Auseinandersetzung aber auch in anderen Feldern zu führen – was nicht immer leicht ist (Hirschfeld 2015, 193-194). Die Modularisierung des Studiums schafft „(...) eine wesentlich höhere Planungsdichte, [forciert] detaillierte Festlegungen und [installiert] ein dichtes Netz an Kontrollmechanismen“ (ebd., 193). Eine Schaffung von Freiräumen ist nicht leicht, auch nicht für Lehrende, die eine zunehmende Verdichtung in ihrer Arbeitstätigkeit verzeichnen (ebd., 194). „(...) Wissenschaftler\*innen sollten sich sehr genau überlegen, ob wirklich alle bürokratischen, planerischen und kontrollierenden Aufgaben (...) erfüllt werden müssen, bzw. was man doch besser sein lässt“ (ebd., 194). Stattdessen erschiene es sinnvoll, dass sie sich beispielsweise stärker dem wichtigen Thema des politischen Mandates widmet, denn Lehrende können bei Studierenden das politische Bewusstsein entscheidend mitprägen. Im Zusammenhang mit einer möglichst frühen politischen Professionalisierung sollte dabei der Auseinandersetzung mit Lobbyarbeit und ihren Möglichkeiten eine zentrale Rolle zugeacht werden. Auch hierfür sind die erwähnten Einsichten in politische Entscheidungsprozesse nötig (Engemann et al. 2007, 146-147).

Hochschulen könnten es sich außerdem zur Aufgabe machen, mehr explizit politische Seminare anzubieten. Ein positives Beispiel ist die Evangelische Hochschule Freiburg, die Seminarangebote wie ‚Interessenvertretung‘ oder ‚Formen politischer Inventionen‘ in ihrem Modulhandbuch führen (EFH 2018 mit Kulke 2019, 263).

### *5.7 Eine Handlungsskizze für die eher entfernte Zukunft*

Wie beschrieben, zeigt der Staat bestimmte postdemokratische Tendenzen, die mit Praktiken aus vordemokratischen Zeiten einhergehen, was am Ende bedeutet: „Gesellschaft für wenige, Ohnmacht für viele“ (Opielka 2017, 15).

Als Konsequenz dieser Entwicklungen wird schon seit Jahren der Ansatz des bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert. Bei diesem Modell wird jedem Mitglied der Gesellschaft, unabhängig von seiner Herkunft und seinen Leistungen, ein garantiertes Grundeinkommen gewährt; etwa die Hälfte des gesellschaftlichen Einkommens würde, statt über Vermögen oder Arbeit umverteilt zu werden, an alle verteilt werden. Opielka, der sich mit diesem Thema intensiv beschäftigt, macht keine Hoffnungen, dass dies zu einer Art ‚Paradies auf Erden‘ führen würde – er geht davon aus, dass auch weiterhin Konflikte existieren, dass gearbeitet und dass Leistung erbracht wird und dass es auch bei diesem Modell Gewinner\*innen und Verlierer\*innen gibt. Aber eines wäre immerhin erreicht: Die Armut wäre überwunden. Das beantwortet noch nicht alle Fragen im Zusammenhang mit Sozialer Arbeit. Aber es könnte möglicherweise eine Art ‚Gesellschaft für alle‘ entstehen, deren Institutionen sich nach den Menschenrechten ausrichten könnten (Opielka 2017, 15-16).

## **6. Schlussbemerkungen**

Anhand von verschiedenen gesellschaftlichen Prozessen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist in den vorangegangenen Ausführungen aufgezeigt worden, wie die Gesellschaften (nicht nur in Deutschland) immer mehr durch postdemokratische Tendenzen, durch Ökonomisierung und Neoliberalisierung geprägt wurden, was tiefgreifende Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme nach sich zog.

Soziale Arbeit soll im Kapitalismus immer mehr nach dessen Logik und nach der Logik pragmatisch orientierter Verwaltungsebenen agieren. Am besten soll sie möglichst unauffällig die ‚Störfälle‘ des Kapitalismus beseitigen, statt sich an den – politisierenden – Kriterien ihrer eigenen Profession zu orientieren.

Seit der sogenannten Neuen Steuerung, also ab den 1990er Jahren, ist festzustellen, dass sich die Soziale Arbeit kontinuierlich mehr den Maßstäben von Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Konkurrenz anpassen musste. In der Konsequenz änderte und ändert sich der gesamte ‚Geist‘ der Wohlfahrtspflege hin zu einer ‚Sozialwirtschaft‘, die v.a. auf Profit abzielt und nicht auf politische Ziele wie etwa soziale Gerechtigkeit ausgerichtet ist. Die Fortführung der Ökonomisierung zeigte sich im sogenannten Aktivierenden Staat: Hier wurde die Soziale Arbeit in ihrer Kompetenz und ihrer Allzuständigkeit in Frage gestellt, ebenso ihr Nutzen für die Klient\*innen. Wichtiges Leitprinzip des Aktivierenden Staates, der durch die ‚Agenda 2010‘ weiter verschärft wurde, ist die Eigenverantwortung eines jeden Individuums. Diese Grundsätze hielten in fast allen EU-Staaten Einzug. Folgen davon waren und sind Zunahme von Reichtum von wenigen auf der einen, Zunahme von Armut von vielen auf der anderen Seite. In diesem Zusammenhang wurde auch aufgezeigt, dass sich die Wirtschaftsorientierung quer durch alle Bereiche des Sozialrechts ihren Weg gebahnt hat.

Eine weitere Tendenz des Aktivierenden Staates ist, dass Politik immer stärker auf das Verhalten von Einzelnen schaut als auf gesellschaftlich bedingte Verhältnisse. Die Folge ist, dass problematische gesellschaftliche Strukturen – gleichgültig in welchem Bereich der Sozialen Arbeit – in die Verantwortung des einzelnen Individuums übertragen werden.

Das Selektieren, Diskriminieren und Exkludieren von Menschen, das der Aktivierende Staat vorantreibt, hat sich vielerorts im Professionsverständnis der Fachkräfte niedergeschlagen. Viele von ihnen sehen zwar die Problematik, schaffen es aber nicht, dagegen vorzugehen, landen in Resignation, Abwehr und Burnout. Andere hingegen kämpfen aktiv dagegen an. Die Allgegenwärtigkeit der Marktregeln, mangelnde Streitkultur, zu wenig politisches Bewusstsein und viel zu wenig Organisation in Berufsverbänden und Gewerkschaften sind weitere Gründe für Entpolitisierung.

Durch die Sparmaßnahmen der zunehmenden Ökonomisierung entwickelten sich auch Tendenzen einer Deprofessionalisierung der Sozialen Arbeit: Gearbeitet wurde nun häufig mit weniger qualifiziertem Personal bis hin zu ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter\*innen.

Entpolitisierende Tendenzen wurden im Rahmen dieser Arbeit ebenfalls in den Hochschulen ausgemacht. Auch dort ist oft die Anpassung an das neoliberale System an der Tagesordnung, wobei auch hier – genau wie in der Praxis – ein Teil der Akteure einen kritischen Blick auf die Verhältnisse hat und seine Kritik auch artikuliert. Problematisch hierbei ist jedoch, dass diese Positionen sich in wissenschaftlichen Publikationen nicht immer in der gebotenen Deutlichkeit wiederfinden.

Ein weiterer entpolitisierender Faktor liegt in der Bologna-Reform, die die Hochschulen in puncto Finanzierung, Konkurrenz und Verschulung durch die Einführung von Modulstrukturen stark verändert haben. Verschiedene Befragungen belegen, dass Studierende der Sozialen Arbeit eher weniger politisch interessiert sind.

Zum Thema Inhärenz des politischen Mandates in der Sozialen Arbeit wurde beleuchtet, dass Politik die Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit bestimmt und dass diese Politik wiederum von Interessen geleitet ist. Deswegen sollte Soziale Arbeit sich an der politischen Gestaltung beteiligen, da sie sonst ausschließlich fremdbestimmt wird – und dies in vielen Fällen von Interessen, die nicht die der Profession sind.

Gesetzliche Vorgaben in Richtung des politischen Mandates finden sich in Artikel 20 des Grundgesetzes (sozialer Bundesstaat) und §1 SGB I (Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit), geltend für alle Sozialgesetzbücher. Dies wird durch die Rechtsprechung bestätigt: beim Bundesgerichtshof schon im Jahr 1957, ebenso beim Bundesverfassungsgericht 1967. Speziell für den Bereich der Jugendhilfe finden sich entsprechende Rechtsnormen in §12 SGB VIII, §1, Abs. 3, Nr. 4 SGB VIII und in §71 SGB VIII.

Die Inhärenz des politischen Mandates in der Sozialen Arbeit zeigt sich auch aus der Profession selbst heraus, da sich diese einem Menschenbild verpflichtet sieht, das gesellschaftliche Verantwortung für Soziale Benachteiligung, Ungleichheit und Ungerechtigkeit fordert.

Wichtige prägende Protagonisten der Sozialen Arbeit bestätigen dies. Eine Mitbegründerin der professionellen Arbeit, die US-Amerikanerin Jane Addams, prangerte die im Staat ungerecht verteilten Ressourcen bereits im 19. Jahrhundert an, wenig später stellte die Deutsche Alice Salomon klar, dass Soziale Arbeit und soziale Gerechtigkeit nicht voneinander trennbar seien.

Eine wichtige Vertreterin Sozialer Arbeit in der Gegenwart, Silvia Staub-Bernasconi, betrachtet Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession, sie erweiterte das doppelte Mandat

der Sozialen Arbeit auf ein Tripelmandat, indem sie das Mandat der Profession mit aufnahm. Auch Hans Thiersch sieht es als einen der wichtigsten Grundsätze Sozialer Arbeit an, dass sie soziale Gerechtigkeit ermöglichen solle. Wolf Rainer Wendt formuliert dies ähnlich.

Besonders deutlich wird die Inhärenz des politischen Mandates bei einem Blick in ihre Geschichte. Im Dritten Reich ließ sich Soziale Arbeit vom NS-Unrecht in weiten Teilen vereinnahmen, Akteure redeten von der ‚unpolitischen Tätigkeit‘ der Fürsorge und unterstützten das menschenverachtende System oder förderten es sogar.

Ein zusammenfassendes Zitat von Seithe (2012) zur Inhärenz des politischen Mandates innerhalb der Sozialen Arbeit stellt fest: „Soziale Arbeit kann nicht anders, als sich innerhalb politischer Dimensionen zu bewegen. Ob sich anpassend, ob sich wehrend, ob sich als reines Ausführungsorgan des Staates betätigend oder ob im Sinne ihrer Profession für die Menschen einsetzend – sie ist immer politisch“ (400).

Eine daraus abgeleitete Politik Sozialer Arbeit gestaltet sich im Großen durch Implementation, Soziallobbying, Politikberatung und politischer Bildung. Im Kleinen findet sie ihren Ausdruck in ihrer Haltung gegenüber den Klient\*innen und in der Öffentlichkeit. Doch für eine Politik Sozialer Arbeit werden nicht nur Einzelne gebraucht, sondern es werden auch Zusammenschlüsse benötigt, die sich Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten verschaffen können, etwa Berufsverbände wie den DBSH, den Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) oder Verbände der Wohlfahrt wie ‚Der Paritätische‘ oder die Diakonie. So können schwache Interessen advokatorisch vertreten werden.

Die in diesem Zusammenhang wichtige Parteilichkeit heißt jedoch nicht, parteiisch zu sein im Sinne unreflektierter, den Gesamtzusammenhang außer Acht lassender Vertretung von Partikularinteressen. Parteilich meint, die Legitimität auch anderer Interessen zu prüfen, aber insgesamt im Sinne der Sozialen Arbeit im Interesse der Klient\*innen zu agieren.

Im letzten Teil wurden mögliche Handlungsskizzen diskutiert. Kritische Soziale Arbeit sollte die neoliberalen Prinzipien klar zurückweisen. Dies braucht Zeit und auch die Vermittlung von Erkenntnissen, etwa dass die politischen Rahmenbedingungen von Sozialer Arbeit keine Naturgesetze sind, sondern auf politischen Entscheidungen fußen. Auch die Haltung, sich konstruktiv zu wehren und sich dafür mit anderen zusammenzutun und sich zu vernetzen, scheint von großer Wichtigkeit. Die Prinzipien des Aktivierenden Staates sollten deutlich und öffentlichkeitswirksam abgelehnt werden. Es sollte darauf bestanden werden, fachpolitisch als Profession mehr an Entscheidungen beteiligt zu werden und auch über die Belange der eigenen Profession allein zu bestimmen oder zumindest maßgeblich an entscheidenden Entscheidungen beteiligt zu sein. Vereinnahmungen seitens der Verwaltung

und neoliberalen Politik sollten abgewiesen werden. Soziale Arbeit sollte genügend Raum, angemessene Finanzierung und die Anerkennung ihrer speziellen Arbeitsbedingungen einfordern.

Diejenigen sozialen Träger, die auf die sozialwirtschaftliche Konkurrenz fixiert sind, sollten diese Praxis möglichst beenden und stattdessen gemeinsame Forderungen und Grenzziehungen formulieren. Außerdem sollten sich sozialarbeiterische Fachkräfte verstärkt in politischen Entscheidungsgremien (z.B. Gemeinderäten), in Parteien, in Berufsverbänden und Gewerkschaften einbringen.

Wissenschaft/Lehre und Praxis sollten mehr zusammenarbeiten und die jeweils anderen Erfahrungen und Kompetenzen wertschätzen, sich gegenseitig ergänzen und miteinander verbünden. In der Lehre sollten Studierende vermehrt mit konkreten politischen Inhalten vertraut werden. Des Weiteren wäre es sinnvoll, für Studierende Situationen erlebbar zu machen, in denen sie realisieren könnten, dass solidarisches Handeln gegen Missstände zu besseren Ergebnissen und auch zu einem besseren eigenen Bewusstsein führt als das (resignative) Abfinden mit den Gegebenheiten.

Abgerundet werden die Handlungsansätze mit einer kurzen Zukunftsskizze über ein mögliches bedingungslosem Grundeinkommen für alle Bürger\*innen.

Die Sprache der Wissenschaftler\*innen in den verschiedenen zitierten Publikationen ist – im Vergleich zu anderen wissenschaftlichen Veröffentlichungen – in vielen Fällen sehr deutlich. Bei der Auseinandersetzung mit den Beiträgen, die sich des Öfteren auch aufeinander beziehen und manchmal in ähnlicher Form in anderen und/oder späteren Veröffentlichungen erscheinen, lässt sich mitunter ein starker Nachdruck, ein Beharren erahnen, vielleicht gar eine Art verzweifelter Weckruf an die Adresse der Sozialen Arbeit heraushören, die sich in weiten Teilen nicht zu ihrem politischen Mandat bekennt, sondern – im Gegenteil – zulässt, dass eine Entpolitisierung voranschreitet bzw. diese Tendenz sogar selbst aktiv unterstützt. In den letzten Jahren gab es nicht viele Anlässe, die sonderlich dazu geeignet wären, eine eventuelle Abkehr von diesen Entwicklungen zu vermuten. So zieht sich bei manchen Autor\*innen eine eher pessimistische Grundhaltung durch ihre Publikationen. Dahme und Wohlfahrt (2019) etwa schreiben, dass angesichts der anhaltenden Ökonomisierung der Sozialen Arbeit und einer weiterhin gering ausgeprägten Gegenwehr zu befürchten sei, dass sich eine Art Zwei-Klassen-Sozialarbeit manifestieren wird. Auf der einen Seite könnten die ‚förderungswürdigen‘ Menschen stehen, die für den Arbeitsmarkt – bei jüngeren Menschen wären es entsprechend Schul- oder Bildungsmaßnahmen – noch lohnenswert aktivierbar sind und daher professionell betreut werden, auf der anderen Seite wären dann diejenigen, auf die dieses Kriterium eben nicht zutrifft, sie müssten befürchten,

dass sie evtl. allenfalls noch Hilfe von ehrenamtlich Tätigen erhalten (Dahme und Wohlfahrt 2015, 86).

Möglicherweise muss die kritische Soziale Arbeit besonders laut, besonders deutlich, besonders beharrlich sein, da sie sich in der Minderheit weiß. Aber wie soll sie sich verhalten? Sicher stellt es keine sinnvolle Option dar, schmollend den zuständigen Verwaltungs- oder Politikebenen die Zusammenarbeit aufzukündigen – sie werden selbstverständlich nach wie vor gebraucht und haben ihre Berechtigung und Aufgabe. Nur muss die Soziale Arbeit deutlich mehr in die Belange ihrer eigenen Profession einbezogen werden und sollte sich nicht mehr gegen ihre eigenen Prinzipien von anderen Interessen vereinnahmen lassen. Da so viele Menschen mittel- oder unmittelbar davon betroffen sind (beispielsweise auch Angehörige), wäre es wichtig, nicht nur in wissenschaftlichen Veröffentlichungen, sondern vor allem auch in anderen, allgemein verbreiteten und zugänglichen (Presse-) Publikationen auf die herrschenden Missstände hinzuweisen, um die Gesellschaft in den Diskurs mit einzubeziehen. Die öffentlich vertretenen Standpunkte müssten hier gleichermaßen wissenschaftlich fundiert wie auch von ihrer Aussage her sehr klar und deutlich sein.

Wichtig ist bei allen Schwierigkeiten und den großen Anstrengungen, die bei der (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit anstehen, eine positive Haltung. Ernst Blochs ‚Prinzip Hoffnung‘ könnte hier als Orientierung dienen: „Die geistige Produktivität, die den Vorgriff auf das Neue herausarbeitet und klarer werden läßt, gliedert Bloch in drei Stadien des Vermögens, die Ränder des Bewußtseins auszuweiten (...). In der Inkubation, einem Zustand relativer Dunkelheit, wird zunächst nur der Anstoß des Nichts wahrgenommen, ein Ungenügen empfunden und auf das Gesuchte ungefähr gezielt, das sich vorerst nebelhaft in der Ferne abzeichnet“ (Horster 2005, 57). Darauf erfolgt als zweites eine aus objektiven Bedingungen entstehende Inspiration (ebd., 58), und dieser Phase wiederum folgt „(...) das dritte Stadium der geistigen Produktion, das Stadium der Explikation. Der Ausspruch ‚Genie ist Fleiß‘ paßt genau hierher. Wer eine Inspiration hatte, muß diesen Gedanken weiter ausarbeiten, um ihn für sich und andere zu klären und damit im Realen wirksam werden zu lassen“ (ebd., 58-59).

Und in ähnlichem Sinne kann zum Abschluss als Geleit ein Zitat von Hans Thiersch dienen, nämlich „(...) dass die Geschichte sich nicht in abzeichnenden Bahnen entwickelt, sondern offen und unvorhersehbar ist, dass wir uns dem entziehen müssen, Entwicklungen als unabänderbar zu nehmen und uns dem zu ergeben“ (Thiersch 2014, 339).

Hoffnung wecken könnte zuguterletzt auch ein ganz aktuelles Geschehnis:

Erst vor wenigen Wochen hat das Bundesverfassungsgericht zwar die Praxis des ‚Förderns und Forderns‘ bestätigt, jedoch sanktionelle Kürzungen von Leistungen im ALG 2-Bereich



von 60 oder gar 100 % als unzulässig zurückgewiesen. Mehr als 30 % darf nicht gekürzt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber den Auftrag gegeben, die entsprechenden Gesetze zu erneuern. Viele Politiker\*innen haben dies begrüßt, werten den Beschluss als wichtigen Zwischenerfolg für soziale Grundrechte und fordern, die Schieflage des sog. ‚Förderns und Forderns‘ zu beenden und im Sinne eines ‚Schützens und Unterstützens‘ umzudenken. Die Sanktionen würden außerdem oftmals Kindeswohlgefährdend wirken, da jede dritte Person, die ALG 2-Leistungen erhalte, Kinder habe. Die Spaltung der Gesellschaft müsse beendet werden, die Auseinandersetzung müsse weiter gehen in Richtung einer Sozialstaatsreform (Heine, 11.November 2019, 4).

Inwiefern diese Tendenzen im System fortgesetzt werden und sich auch Soziale Arbeit dadurch verändern kann, wird die Zukunft zeigen.

## 7. Literaturverzeichnis

- Anhorn, Roland und Marcus Balzereit, Hg. 2016. *Handbuch Therapeutisierung und Soziale Arbeit. Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit* Band 23. Wiesbaden: Springer VS.
- Anhorn, Roland, Frank Bettinger, Cornelis Horlacher und Kerstin Rathgeb, Hg. 2012. *Kritik der Sozialen Arbeit - kritische Soziale Arbeit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Anhorn, Roland, Elke Schimpf und Johannes Stehr. 2018. „Politik der Verhältnisse - Politik des Verhaltens: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit: Einleitende Anmerkungen zum Thema des Bundeskongresses Soziale Arbeit 2015“. In *Politik der Verhältnisse - Politik des Verhaltens: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit* hg. v. Roland Anhorn, Elke Schimpf, Johannes Stehr, Kerstin Rathgeb, Susanne Spindler und Rolf Keim, 1–17. Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit Band 29. Wiesbaden: Springer VS.
- Anhorn, Roland, Elke Schimpf, Johannes Stehr, Kerstin Rathgeb, Susanne Spindler und Rolf Keim, Hg. 2018. *Politik der Verhältnisse - Politik des Verhaltens: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit*. Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit Band 29. Wiesbaden: Springer VS.
- Anonym. 2016. „Veränderungs- bzw. Ökonomisierungsprozesse in Sozialer Arbeit- ein Erfahrungsbericht.“ In *Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle?* hg. v. Carsten Müller, Eric Mührel und Bernd Birgmeier, 125–129. Wiesbaden: Springer VS.
- Aust, Andreas, Joachim Rock, Greta Schabram, Ulrich Schneider, Gwendolyn Stilling und Anita Tiefensee. 2018. *Wer die Armen sind: Der Paritätische Armutsbericht 2018. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2018*. Berlin: Der Paritätische Gesamtverband.
- Bartosch, Ulrich. 2010. „Warum und zu welchem Ende betreiben wir einen Fachbereichstag Sozialer Arbeit? Versuch einer Selbstbestimmung. Eine Variation für drei Bälle“. In *Kulturen Sozialer Arbeit*, hg. v. Udo Wilken und Werner Thole, 184–197. Wiesbaden: Springer VS
- Bensel, Norbert und Peter Hartz. 2002. *Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt: Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit*. Berlin.
- Benz, Benjamin. 2010. „Sozialpolitik und Soziale Arbeit“. In *Soziale Politik - Soziale Lage - Soziale Arbeit*, hg. v. Benjamin Benz, Jürgen Boeckh und Hildegard Mogge-Grotjahn. 317–336. Wiesbaden: Springer VS.
- Benz, Benjamin, Jürgen Boeckh und Hildegard Mogge-Grotjahn, Hg. 2010. *Soziale Politik - Soziale Lage - Soziale Arbeit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Benz, Benjamin und Günter Rieger. 2015. *Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Benz, Benjamin, Günter Rieger, Werner Schönig und Monika Többe-Schukalla. 2013. „Die Politik Sozialer Arbeit - Umriss, Gegenstände und Positionen“ In *Politik Sozialer Arbeit: Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse*, hg. v. Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig und Monika Többe-Schukalla. 8–29. Weinheim: Beltz Juventa.
- Benz, Benjamin, Günter Rieger, Werner Schönig und Monika Többe-Schukalla, Hg. 2013. *Politik Sozialer Arbeit: Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Benz, Benjamin, Günter Rieger, Werner Schönig und Monika Többe-Schukalla, Hg. 2014. *Politik Sozialer Arbeit: Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Boeckh, Jürgen, Ernst-Ulrich Huster und Benjamin Benz. 2011. *Sozialpolitik in Deutschland: Eine systematische Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Böllert, Karin, Peter Hansbauer, Brigitte Hasenjürgen und Sabrina Langenohl. Hg. 2006. *Die Produktivität des Sozialen - den sozialen Staat aktivieren*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bommes, Michael und Albert Scherr. 2000. *Soziologie der sozialen Arbeit: Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe*. Grundlagentexte Soziologie. Weinheim: Juventa.

- Büschken, Michael. 2017. *Soziale Arbeit unter den Bedingungen des »aktivierenden Sozialstaates«*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Bütow, Birgit, Karl A. Chassé und Rainer Hirt, Hg. 2008. *Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert: Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat*. Opladen: Barbara Budrich.
- Dahme, Heinz-Jürgen und Norbert Wohlfahrt. Hg. 2005. *Aktivierende soziale Arbeit: Theorie - Handlungsfelder - Praxis*. Grundlagen der sozialen Arbeit Bd. 12. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren.
- Dahme, Heinz-Jürgen, Hans-Uwe Otto, Achim Trube und Norbert Wohlfahrt, Hg. 2003. *Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat*. Wiesbaden: Springer VS.
- Dahme, Heinz-Jürgen und Norbert Wohlfahrt. 2005. „Sozialinvestitionen. Zur Selektivität der neuen Sozialpolitik und den Folgen für die Soziale Hilfe“. In *Aktivierende soziale Arbeit: Theorie - Handlungsfelder - Praxis*, hg. v. Heinz-Jürgen Dahme, 6–20. Grundlagen der sozialen Arbeit Bd. 12. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren.
- Dahme, Heinz-Jürgen und Norbert Wohlfahrt. 2015. *Soziale Dienstleistungspolitik: Eine kritische Bestandsaufnahme*. Soziale Arbeit als Wohlfahrtsproduktion Band 6. Wiesbaden: Springer VS.
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit. 2019. Zugriff: 8. November 2019. <http://www.dgsa.de/sektionen/politik-sozialer-arbeit/>.
- Dillmann, Renate und Arian Schiffer-Nasserie. 2018. *Der soziale Staat: Über nützliche Armut und ihre Verwaltung: ökonomische Grundlagen, politische Maßnahmen, historische Etappen*. Kiritische Wissenschaft. Hamburg: VSA.
- Dischler, Andrea. 2014. „Das Soziale ist politisch‘: Politischer Auftrag in der Lehre Sozialer Arbeit.“ In *Politik Sozialer Arbeit: Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden*, hg. v. Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig und Monika Többe-Schukalla. 106–120. Weinheim: Beltz Juventa.
- Engemann, Thomas, Jörg Fischer, Reinhard Müller und Wolfgang Volkmer. 2007. „Die Repolitisierung Sozialer Arbeit aus Sicht eines Wohlfahrtsverbandes“. In *Repolitisierung Sozialer Arbeit: Engagiert und professionell*, hg. v. Manfred Lallinger und Günter Rieger, 133–148. Hohenheimer Protokolle 64. Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Fachbereichstag Soziale Arbeit. 2016. „Qualifikationsrahmen Soziale Arbeit“. Zugriff: 8. November 2019. <http://www.fbts.de/qr-soz-arb-version-60.html>.
- Gries, Jürgen, Vincenz Leuschner und Gerhard Wenzke. 2015. „Politisches Interesse von Studierenden: Einstellungen Studierender der Sozialen Arbeit und der Heilpädagogik“. *Soziale Arbeit: Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete* 64 (8): 287–95.
- Grunwald, Klaus und Hans Thiersch, Hg. 2016. *Praxishandbuch lebensweltorientierte Soziale Arbeit: Handlungszusammenhänge und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern*. Grundlagentexte Pädagogik. Weinheim: Beltz Juventa.
- Heine, Claudia. 2019. „Zwischen den Extremen.“ *Das Parlament*, 11. November. 46.
- Herrmann, Franz. 2016. „Lebensweltorientierung und Sozialplanung“. In *Praxishandbuch lebensweltorientierte Soziale Arbeit: Handlungszusammenhänge und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern*, hg. v. Klaus Grunwald und Hans Thiersch. 460–472. Grundlagentexte Pädagogik. Weinheim: Beltz Juventa.
- Hirschfeld, Uwe. 2015. *Beiträge zur politischen Theorie sozialer Arbeit*. Werkstatt-Texte 5. Hamburg: Argument.
- Holdenrieder, Jürgen. 2013. *Betriebswirtschaftliche Grundlagen Sozialer Arbeit: Eine praxisorientierte Einführung*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Hollenstein, Erich und Anja Reinecke-Terner. 2014. „Landesarbeitsgemeinschaften als unterschätztes politisches Instrument und Professionalisierungsagentur?“. In *Politik der Sozialen Arbeit - Politik des Sozialen*, hg. v. Marion Panitzsch-Wiebe, Bjarne Becker und Timm Kunstreich. 181–188. Opladen: Barbara Budrich.
- Horster, Detlef. 2005. *Ernst Bloch: Eine Einführung*. Grosse Denker. Wiesbaden: Panorama.

- IFSW. 2014. „Global Definition of the Social Work Profession“. Zugriff: 31. Oktober 2019. <https://www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work/>.
- IFSW. 2018. „Global Social Work Statement of Ethical Principles“. Zugriff: 31. Oktober 2019. <https://www.ifsw.org/global-social-work-statement-of-ethical-principles/>.
- Kessl, Fabian und Sabine Stövesand. 2014. „Politik der Sozialen Arbeit: Politik des Sozialen“. In *Politik der Sozialen Arbeit - Politik des Sozialen*, hg. v. Marion Panitzsch-Wiebe, Bjarne Becker und Timm Kunstreich. 13–29. Opladen: Barbara Budrich.
- Keupp, Heiner. 2008. „Abschiedsvorlesung am 15. Juli 2008 an der LMU München“. Zugriff: 7. November 2019. <http://www.foebe-muenchen.de/dateien/-Abschiedsvorlesung.pdf>.
- kidsweb.de. 2019. „Alles ist Politik - Politik ist alles!“. Zugriff: 29. November 2019. [http://www.kidsweb.de/wahl\\_spezial/alles\\_ist\\_politik\\_sachtext.html](http://www.kidsweb.de/wahl_spezial/alles_ist_politik_sachtext.html).
- Krieg, Elke. 2019. „Alles ist Kunst - alles ist Politik“. Zugriff: 29. November 2019. <https://agora-la.org/2019/08/30/alles-ist-kunst-alles-ist-politik/>.
- Kulke, Dieter. 2019. „Politik, politisches Interesse und der politische Auftrag Sozialer Arbeit aus der Sicht von Studierenden“. In *Schwache Interessen? Politische Beteiligung in der Sozialen Arbeit*, hg. v. Katrin Toens und Benjamin Benz. 261–290. Weinheim: Beltz Juventa.
- Kusche, Christoph und Rolf Krüger. 2001. „Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen!“. In *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*, hg. v. Roland Merten, 15–25. Opladen: Leske und Budrich.
- Lallinger, Manfred und Günter Rieger, Hg. 2007. *Repolitisierung Sozialer Arbeit: Engagiert und professionell*. Hohenheimer Protokolle 64. Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Lesch, Walter und Andreas Lob-Hüdepohl, Hg. 2007. *Ethik Sozialer Arbeit*. Stuttgart: UTB Schöningh.
- Lob-Hüdepohl, Andreas. 2013. „'Menschenwürdig leben fördern' - zu normativen Grundlagen einer Politik Sozialer Arbeit“. In *Politik Sozialer Arbeit: Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse*, hg. v. Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig und Monika Többe-Schukalla. 85–102. Weinheim: Beltz Juventa.
- Lorenz, Walter. 2006. „Soziale Arbeit als angewandte Sozialpolitik - eine europäische Perspektive“. In *Die Produktivität des Sozialen - den sozialen Staat aktivieren*, hg. v. Karin Böllert. 261–272. Wiesbaden: Springer VS.
- Lüssi, Peter. 2008. *Systemische Sozialarbeit: Praktisches Lehrbuch der Sozialberatung*. Bern: Haupt.
- Lütke-Harmann, Martina und Fabian Kessl. 2013. „Paradoxien der Ent-/Politisierung: Überlegungen zum politischen Potenzial Sozialer Arbeit in der (Post)Demokratie.“ In *Politik Sozialer Arbeit: Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse*, hg. v. Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig und Monika Többe-Schukalla. 133–49. Weinheim: Beltz Juventa.
- Maus, Friedrich. 2016. „Soziale Arbeit ist (k)ein Instrument neoliberaler Politik!?“. In *Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle?* hg. v. Carsten Müller, Eric Mührel und Bernd Birgmeier, 79–93. Wiesbaden: Springer VS.
- Merten, Roland, Hg. 2001. *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. Opladen: Leske und Budrich.
- Merten, Roland. 2001. „Soziale Arbeit im Strudel ihres (politischen) Selbstverständnisses? Eine Einleitung“. In *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*, hg. v. Roland Merten, 7–11. Opladen: Leske und Budrich.
- Meyer, Imke, 2011. *Das Private ist politisch! Die Frauenbewegung nach 1968 in Hanau Stadt und Land*. Hanau: CoCon.
- Mühlum, Albert. 2007. „Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Ein Rückblick in die Zukunft“. In *Repolitisierung Sozialer Arbeit: Engagiert und professionell*, hg. v. Manfred Lallinger und Günter Rieger, 15–30. Hohenheimer Protokolle 64. Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

- Müller, Carsten, Eric Mührel und Bernd Birgmeier, Hg. 2016. *Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle?* Wiesbaden: Springer VS.
- Müller, Siegfried, Heinz Sünker, Thomas Olk und Karin Böllert. Hg. 2000. *Soziale Arbeit: Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven.* Neuwied, Kriftel: Luchterhand.
- Opielka, Michael. 2017. *Welche Zukunft hat der Sozialstaat?* Soziale Arbeit kontrovers. Berlin, Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Otto, Hans-Uwe, Norbert Wohlfahrt und Holger Ziegler. 2018. „Soziale Arbeit im Kapitalismus“. *neue praxis* 48 (6): 596–602.
- Panitzsch-Wiebe, Marion, Bjarne Becker und Timm Kunstreich, Hg. 2014. *Politik der Sozialen Arbeit - Politik des Sozialen.* Opladen: Barbara Budrich.
- Polis e.V. 2018. „Politik ist überall“. Zugriff: 29. November 2019. <http://www.polis.uni-tuebingen.de/2018/06/01/politik-ist-ueberall-geht-weiter-2/>.
- Rieger, Günter. 2013. „Das Politikfeld Sozialarbeitspolitik“. In *Politik Sozialer Arbeit: Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse*, hg. v. Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig und Monika Többe-Schukalla. 54–69. Weinheim: Beltz Juventa.
- Roth, Günter und Aysel Yollu-Tok. 2017. „Politische Einstellungen bei Studierenden im Bereich Sozialwesen (Soziale Arbeit, Sozialarbeit, Sozialpädagogik)“. *Neue Praxis : np : Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik* 47 (2): 155–72.
- Schimank, Uwe. 2018. „Die Ökonomisierung des Nicht-Ökonomischen.“ *neue praxis* 48 (1): 3–15.
- Schneider, Volker. 2001. „Sozialarbeit zwischen Politik und professionellem Auftrag: Hat sie ein politisches Mandat?“. In *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*, hg. v. Roland Merten, 27–40. Opladen: Leske und Budrich.
- Schönig, Werner. 2014. „Kommunalpolitik in der Sozialen Arbeit.“ In *Politik Sozialer Arbeit: Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden*, hg. v. Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig und Monika Többe-Schukalla. 43–61. Weinheim: Beltz Juventa.
- Schröder Gerhard. 2003. „Agenda 2010- Zitate“. Zugriff: 4. November 2019. <http://archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/allg/agenda-zitat.html>.
- Seithe, Mechthild. 2012. *Schwarzbuch Soziale Arbeit.* Wiesbaden: Springer VS.
- Seithe, Mechthild. 2014. „Repolitisierung und sozialpolitische Einmischung Sozialer Arbeit“. In *Politik der Sozialen Arbeit - Politik des Sozialen*, hg. v. Marion Panitzsch-Wiebe, Bjarne Becker und Timm Kunstreich. 39–50. Opladen: Barbara Budrich.
- Sorg, Richard. 2001. „Annäherungen an die Frage, ob die Soziale Arbeit ein politisches Mandat hat“. In *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*, hg. v. Roland Merten, 41–54. Opladen: Leske und Budrich.
- Spindler, Helga. 2007. „Sozialarbeit und der Umgang mit der Armut: eine alte Aufgabe in neuem Gewand“. *Forum sozial: die berufliche soziale Arbeit* (3): 29–32.
- Staub-Bernasconi, Silvia. 2005. „Soziale Arbeit und soziale Probleme: Eine disziplin- und professionsgezogene Bestimmung“. In *Grundriss Soziale Arbeit: ein einführendes Handbuch*, hg. v. Werner Thole, 245–258. Wiesbaden: Springer VS.
- Staub-Bernasconi, Silvia. 2007. „Soziale Arbeit - Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft“. In *Ethik Sozialer Arbeit*, hg. v. Walter Lesch und Andreas Lob-Hüdepohl. 20–54. Stuttgart: UTB Schöningh.
- Staub-Bernasconi, Silvia. 2018. *Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft: Soziale Arbeit auf dem Weg zu kritischer Professionalität.* Opladen: Barbara Budrich;
- Stender, Wolfram und Danny Kröger, Hg. 2013. *Soziale Arbeit als kritische Handlungswissenschaft: Beiträge zur (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit.* Hannover: Blumhardt.
- Stender, Wolfram und Danny Kröger. 2013. „Zur Einführung: Soziale Arbeit ist politisch!“. In *Soziale Arbeit als kritische Handlungswissenschaft: Beiträge zur (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit*, hg. v. Wolfram Stender und Danny Kröger, 7–11. Hannover: Blumhardt.

- Struck, Norbert. 2003. „Der aktivierende Sozialstaat und die Kinder- und Jugendhilfe“. In *Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat*, hg. v. Heinz-Jürgen Dahme, Hans-Uwe Otto, Achim Trube und Norbert Wohlfahrt, 369–380. Wiesbaden: Springer VS.
- Thiersch, Hans. 2000. „Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit - Als Radikalisiertes Programm: Eine Skizze“. In *Soziale Arbeit: Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven: Hans-Uwe Otto zum 60. Geburtstag gewidmet*, hg. v. Hans-Uwe Otto und Siegfried Müller, 529–45. Neuwied: Luchterhand.
- Thiersch, Hans. 2014. „Soziale Arbeit in den Herausforderungen des Neoliberalismus und der Entgrenzung von Lebensverhältnissen“. In *Politik der Sozialen Arbeit - Politik des Sozialen*, hg. v. Marion Panitzsch-Wiebe, Bjarne Becker und Timm Kunstreich. 323–340. Opladen: Barbara Budrich.
- Thole, Werner, Hg. 2005. *Grundriss Soziale Arbeit: ein einführendes Handbuch*. Wiesbaden: Springer VS.
- Toens, Katrin und Benjamin Benz. Hg. 2019. *Schwache Interessen? Politische Beteiligung in der Sozialen Arbeit*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Wacquant, Loïc. 2009. *Bestrafen der Armen: Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Wendt, Wolf R. 1982. *Ökologie und soziale Arbeit*. Enke-Sozialwissenschaft. Stuttgart: Enke.
- Wendt, Wolf R. 2010. *Das ökosoziale Prinzip: Soziale Arbeit, ökologisch verstanden*. Freiburg: Lambertus.
- Wendt, Wolf R. 2017. *Geschichte der Sozialen Arbeit 2: Die Profession im Wandel ihrer Verhältnisse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wilken, Udo und Werner Thole, Hg. 2010. *Kulturen Sozialer Arbeit*. Wiesbaden: VS Springer.
- Willems, Ulrich und Thomas Winter, Hg. 2000. *Politische Repräsentation schwacher Interessen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Winkler, Michael. 2008. „Annäherung an den neuen gesellschaftlichen Ort Sozialer Arbeit“. In *Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert: Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat*, hg. v. Birgit Bütow, Karl A. Chassé und Rainer Hirt, 191–208. Opladen: Barbara Budrich.
- Winter, Thomas von. 2019. „Schwache Interessen in Gesellschaft und Staat“. In *Schwache Interessen? Politische Beteiligung in der Sozialen Arbeit*, hg. v. Katrin Toens und Benjamin Benz. 26–35. Weinheim: Beltz Juventa.
- Winter, Thomas von und Ulrich Willems. 2000. „Die politische Repräsentation schwacher Interessen: Anmerkungen zum Stand und zu den Perspektiven der Forschung“. In *Politische Repräsentation schwacher Interessen*, hg. v. Ulrich Willems und Thomas Winter, 9–36. Wiesbaden: Springer VS.

Hiermit versichere ich gemäß § 28 der Studien- und Prüfungsordnung der Hochschule Esslingen für die Bachelorstudiengänge, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe.

Esslingen, den \_\_\_\_\_